

Symposion

Soziologische Perspektiven zu Osteuropa, Teil 2

Zur Einführung

Susann Worschech

Das Symposion über soziologische Perspektiven zu Osteuropa begann im vorigen Heft mit dem Beitrag von Valeria Korablyova, die das soziologische Potenzial skizzierte, das in der Beschäftigung mit der Ukraine liegt. Anschließend diskutierte Andreas Langenohl die Rolle der Soziologie in den Debatten über Transformation. Im zweiten Teil des Symposions in diesem Heft werden nun Sebastian Büttner und Klaus Schlichte die Konzentration der deutschen Sozialwissenschaften auf Westeuropa und Nordamerika problematisieren und die Vernachlässigung weiterer Weltregionen dokumentieren. Anschließend berichtet Tamara Martsenyuk über Einstellungen zu Diversität, Geschlechtergerechtigkeit und -arrangements in der ukrainischen Gesellschaft vor und während der russischen Völlinvasion. Im dritten Beitrag bietet Evelyn Moser mit Blick auf die totalitäre Herrschaft in Russland einen soziologischen Zugriff, um deren Strukturen und Dynamiken zu verstehen und funktionale Äquivalente des klassischen totalitären Instrumentariums zu ermitteln. Zum Abschluss analysiere ich den Bedarf an sozialwissenschaftlicher Osteuropa-Expertise und entwerfe ein soziologisches Forschungsprogramm zu Osteuropa jenseits des Postsowjetismus.

Wo ist der Osten Europas?

Zur eigentümlichen Abwesenheit von Osteuropa
in der deutschen Soziologie

Sebastian M. Büttner

In seinem vielbeachteten Essay *Europadämmerung* betont der bulgarische Publizist Ivan Krastev, dass Europa nicht nur in links und rechts, Nord und Süd, große und kleine Staaten sowie zwischen Europabefürworter:innen und -gegner:innen gespalten sei, sondern dass es auch einen tiefen Graben gebe »zwischen denen, die den Zusammenbruch des Kommunismus [...] am eigenen Leib erfahren haben, und jenen, die von solchen traumatischen Ereignissen verschont blieben.« (Krastev 2017: 18). Die einschneidenden gesellschaftlichen Umbrüche und Transformationserfahrungen der Bevölkerungen in Mittel- und Osteuropa seit 1989 sind für Krastev somit nach wie vor ein entscheidender und hochrelevanter Faktor, der bis heute hauptverantwortlich dafür ist, dass die aktuellen politischen Herausforderungen und Krisen in Mittel- und Osteuropa ganz anders wahrgenommen, interpretiert und bewertet werden als in Westeuropa:

»Die Erfahrung eines plötzlichen und gewaltlosen Endes von etwas, das wir für zweifellos dauerhaft hielten (bis es plötzlich nicht mehr da war), ist die prägende Erfahrung im Leben meiner Generation. Wir waren überwältigt von den Möglichkeiten, die sich unversehens aufboten, und von dem neu entdeckten Gefühl persönlicher Freiheit. Aber wir waren auch ergriffen von dem neu entdeckten Gefühl der Zerbrechlichkeit aller politischen Verhältnisse.« (Krastev 2017: 19 f.)¹

Es ist vor diesem Hintergrund bemerkenswert, dass die besonderen gesellschaftlichen Konstellationen, die die Systemumbrüche in Mittel- und Osteuropa hervorgebracht haben, in der heutigen Soziologie ziemlich aus dem Blickfeld geraten sind. Nach einer Phase der Euphorie und Hochkonjunktur der Transformationsforschung in den 1990er Jahren ist das Interesse für die Länder und Regionen in Osteuropa schon in den 2000er Jahren wieder deutlich gesunken. Spätestens mit den beiden großen EU-Erweiterungsrunden von 2004 und 2007 und dem Beitritt von insgesamt zehn Ländern aus dem ehemaligen »Ostblock« zur Europäischen Union² ist auch die Forschung zu Osteuropa in der Soziologie stark zurückgegangen. Stattdessen rückten in

¹ Für eine ausführlichere Darstellung und Würdigung von Krastevs Essay: Büttner (2018).

² Im Jahr 2013 kam als elftes und bisher letztes Land aus diesem Kontext schließlich noch Kroatien hinzu.

dieser Zeit neue gesellschaftliche Phänomene und Megatrends wie die Globalisierung, die Transnationalisierung und nicht zuletzt auch die zunehmende Verflechtung und innere Europäisierung der Gesellschaften Europas in den Fokus der soziologischen Aufmerksamkeit. Im Zuge dessen wurden räumlich gebundene Kultur- und Gesellschaftsvorstellungen zunehmend hinterfragt und dekonstruiert. Für die kulturellen Spezifika Osteuropas oder die Analyse einer wie auch immer gearteten post-sowjetischen Gesellschaft gab es in der Soziologie seit den 2000er Jahren nur noch wenig Raum.³

Aus der Sektion Ost- und Ostmitteleuropa-Soziologie wurde die Sektion Europasozio­logie

Als Beleg und als ein besonders manifestes Symbol für den soeben beschriebenen Bewusstseinswandel kann auch die Umwidmung der 1994 gegründeten DGS-Sektion Ost- und Ostmitteleuropa-Soziologie in die Sektion Europasozio­logie im Jahr 2008 gesehen werden. Diese Umwidmung hatte zwar ganz sicher nicht die Ablösung oder gar eine bewusste Abschaffung der Osteuropaforschung zum Ziel. Im Gegenteil: Das Ziel war eigentlich eine Stärkung der europasozio­logischen Expertise der Soziologie, und dies schließt die Beschäftigung mit einzelnen Ländern, Regionen und nicht zuletzt auch mit Makroregionen wie Ost-, Süd- oder Nordeuropa ja explizit mit ein. Die Umwidmung ist dennoch symptomatisch für das allmähliche Ausschleichen einer besonderen Aufmerksamkeit für die gesellschaftlichen Entwicklungen in Osteuropa aus der deutschen Soziologie.

Die monolithisch anmutende Zuschreibung einer gemeinsamen sowjetischen und post-sowjetischen Erfahrung wurde spätestens mit dem EU-Beitritt eines nicht geringen Teils an Ländern aus Mittel- und Osteuropa obsolet oder zumindest als obsolet wahrgenommen. Neue Differenzen und Differenzierungen zwischen den Ländern und Gesellschaften Osteuropas wurden immer offensichtlicher und durch die Nato- und die EU-Erweiterungen auch politisch und institutionell manifestiert. Ähnlich wie die »neuen Bundesländer« in Deutschland wurden die mittel- und osteuropäischen EU-Länder durch ihren EU-Beitritt gewissermaßen über Nacht zu »neuen Mitgliedsländern« der Europäischen Union. Diese Länder durchliefen vor ihrem Beitritt zur Europäischen Union einen tiefgreifenden rechtlich-institutionellen

³ Dies beklagt unter anderem auch Steffen Mau (2019) im Hinblick auf eine mangelnde Beschäftigung mit der besonderen gesellschaftlichen Situation in Ostdeutschland.

Anpassungsprozess, und sie mussten sich kontinuierlich strengen Prüfungen durch die EU-Bürokratie und durch westliche Berater:innen und Expertengremien unterziehen (vgl. Büttner 2012). Auf diese Weise sollte – durchaus nicht ohne neo-koloniale Anklänge – eine weitgehende Anpassung an westliche Standards und damit eine enge kulturelle Bindung an die westliche Staatengemeinschaft gewährleistet werden. Mit dem Vollzug des EU-Beitritts wurden die neuen EU-Mitgliedsländer aus Mittel- und Osteuropa ganz offiziell in die westliche Staatengemeinschaft integriert, ihre Zugehörigkeit zum ehemaligen ›Ostblock‹ trat in den Hintergrund. Die Staaten und Regionen jenseits der neuen EU-Außengrenze hingegen gerieten nicht nur in der Öffentlichkeit, sondern auch in der Soziologie zunehmend aus dem Blickfeld; sie bildeten gewissermaßen die neue äußere Peripherie der Europäischen Union, eine neue östliche *terra incognita* jenseits des erweiterten EU-Territoriums.

Die Gründung der Sektion Ost- und Ostmitteleuropa-Soziologie innerhalb der Strukturen der DGS – dies sollte an dieser Stelle nicht unerwähnt bleiben – war ohnehin eher ein Ausreißer, denn bis heute gibt es außer der Sektion Europasozio­logie keine geographisch und regional orientierte Sektion – das heißt, es gibt außer der Europasozio­logie in der DGS keine spezialisierten Asien-, Lateinamerika-, Afrika-Sektionen und auch keine Middle-East- oder eine spezialisierte Nordamerika-Sektion. Anders als etwa in den Sprach- und Kulturwissenschaften, in den Geschichtswissenschaften und in der Politikwissenschaft hat sich das Konzept der *area studies*, das heißt eine besondere Beschäftigung mit kulturellen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Spezifika von Makroregionen, im Feld der Soziologie nie durchgesetzt. Die Soziologie fokussierte sich lange Zeit auf die Beschreibung der allgemeinen Strukturen moderner Gesellschaften und damit implizit auf dominante institutionelle, kulturelle und soziale Charakteristika einer stark westlich geprägten Moderne. Es gibt hier also durchaus einen starken geographischen, kulturellen und damit auch ausgeprägten ethnozentrischen Bias. Dieser wurde in der Vergangenheit jedoch lange Zeit nicht hinterfragt und reflektiert. Darüber hinaus gab es in der Soziologie lange die Tendenz, Gesellschaften entlang von nationalstaatlichen Grenzen zu konzipieren. Die Unterscheidung von Gesellschaften nach Kontinenten oder geographisch abgegrenzten Makroregionen, die in der globalen Wirtschaftsstatistik und in den Regionalschwerpunkten der Politikwissenschaft stark verbreitet ist, wurde in der Soziologie nicht für notwendig erachtet. Die Soziologie verharrte in einer überwiegend nationalstaatlich fokussierten und überwiegend westlich zentrierten Epistemologie. Globale Entwicklungen, regionale Unterschiede im weltweiten

Vergleich und global vergleichende Statistiken wurden in der Nachkriegssoziologie – von Ausnahmen abgesehen – lange Zeit nur wenig wahrgenommen und thematisiert.⁴

Die Etablierung der Sektion Ost- und Ostmitteleuropa-Soziologie war zweifelsohne zum einen den besonderen gesellschaftlichen Herausforderungen in den 1990er geschuldet, die mit der Wiedervereinigung Deutschlands und den tiefgreifenden Umbrüchen in Mittel- und Osteuropa in dieser Zeit einhergingen. Die besonderen gesellschaftlichen Entwicklungen bedingten besondere Maßnahmen, insofern ist die Gründung dieser Sektion beispielhaft für die Fähigkeit der Soziologie, sich relativ schnell auf veränderte gesellschaftliche Bedingungen einzustellen und neue Forschungsfelder zu generieren. Die Sektionsgründung war zum anderen jedoch auch auf das Engagement und die geschickte Positionierung der Verfechter:innen einer eigenständigen soziologischen Osteuropaforschung zurückzuführen; allen voran auf den 2018 verstorbenen, aus Ungarn stammenden Soziologen Bálint Balla, der sich in seiner Forschung intensiv mit der Soziologie des Kommunismus und des Post-Kommunismus auseinandersetzte und sich Zeit seines Lebens intensiv um eine Etablierung der Osteuropaforschung in der Soziologie bemühte (Balla, Geier 1994; Balla, Sterbling 1995; 1996; 2009).

Obwohl die Sektion Ost- und Ostmitteleuropa-Soziologie während der Zeit ihres Bestehens in der Tat ausgesprochen aktiv war, nicht zuletzt auch viele interessante internationale Tagungen und Workshops in den neuen Zentren in Mittel- und Osteuropa organisierte, ist Osteuropa – anders als in vielen Nachbardisziplinen – in der deutschen Soziologie stets ein Rand- und Nischenthema geblieben.⁵ Eine substanzielle institutionelle Etablierung ist der Osteuropaforschung in der deutschsprachigen Soziologie jedenfalls nie gelungen; es gibt in der Soziologie bis heute kaum Professuren und überhaupt nur sehr wenige Standorte, die sich in Forschung und Lehre explizit

4 Eines der ersten Einführungsbücher zur Europasozio­logie und zum europäischen Ländervergleich war gegen Ende der 1990er Jahre der Band »Die westeuropäischen Gesellschaften im Vergleich« von Hradil und Immerfall (1997). Dies stellte zum damaligen Zeitpunkt eine Innovation gegenüber der etablierten nationalstaatlich fokussierten Sozialstrukturanalyse dar.

5 Für einen Überblick über die Arbeit, die Themen und die Aktivitäten der Sektion empfehle ich den Beitrag von Sparschuh (2003) sowie den Sektionsbericht 2005 (Sektion Ost- und Ostmitteleuropa-Soziologie 2005) und darin die Hinweise auf weitere einschlägige Veröffentlichungen. Einen guten Überblick über frühere Themen und Ansätze der soziologischen Osteuropaforschung in Deutschland bietet der Beitrag von Ahlberg (1980). Ahlberg war Leiter der Abteilung Soziologie am Osteuropa-Institut an der Freien Universität Berlin, dem in der Tat einzigen Institut in der Bundesrepublik Deutschland, an dem es vor 1989 eine spezielle Abteilung für soziologische Osteuropaforschung gab.

mit Mittel- und Osteuropa beschäftigen. Für viele Wissenschaftler:innen aus der damaligen Sektion, darauf wies Anton Sterbling, ein weiterer Protagonist der damaligen Sektion Ost- und Ostmitteleuropa-Soziologie, in einem Sektionsbericht aus dem Jahr 2005 hin, erwies sich eine zu starke Spezialisierung im Bereich der Osteuropaforschung nicht gerade als karrierefördernd, um nicht zu sagen als »Sackgasse«. (Sektion Ost- und Ostmitteleuropa-Soziologie 2005: 225).

Obleich die Erforschung von Transformationsprozessen und tiefgreifenden gesellschaftlichen Wandlungen häufig im Zentrum der Soziologie steht, ebte das Interesse der Soziologie für die Transformationsprozesse in Mittel- und Osteuropa nach einer Phase der »Forschungswut« und »Publikationsflut« (Kollmorgen 2007: 255) in den 1990er und frühen 2000er Jahren sehr schnell wieder ab. Dies gilt speziell auch für die Europasozologie, denn auch hier schoben sich neue Themen und Prozesse in den Vordergrund: allen voran die Erforschung der sozialen Auswirkungen der rasant voranschreitenden Integration; die Folgen der Schaffung eines Binnenmarkts mit weitgehend offenen Grenzen, freiem Kapitel-, Waren-, Dienstleistungs- und Arbeitsverkehrs; die Durchführung der Währungsunion und die einschneidenden Auswirkungen der Finanz- und Euro-Krisen in den Jahren ab 2008. Die Europasozologie fokussierte sich vorwiegend auf den Prozess der Europäischen Integration und die Prozesse der europäischen Vergesellschaftung innerhalb des EU-Territoriums.⁶ Die besondere soziale Situation in den neuen EU-Mitgliedsländern, vor allem die neuen Migrationspraktiken und Migrationsregimes, aber auch die sozialen und sozialpolitischen Folgen der EU-Erweiterung, neue Armutsrisiken und ein eklatantes Armutsgefälle in vielen Ländern und Regionen Mittel- und Osteuropas, die Entstehung von neuen, zum Teil hochgradig prekären, Produktionsregimes wurden und werden in der Europasozologie zwar durchaus sehr intensiv thematisiert und beforscht. Die Länder und Regionen jenseits und abseits des EU-Territoriums gerieten jedoch auch in der Europasozologie zunehmend aus dem Blick.

6 Siehe für einen Überblick etwa Vobruba (2007); Bach (2008); Münch (2008); Heidenreich (2019); Büttner, Eigmüller, Worschech (2022).

Was und wo ist Osteuropa überhaupt? Gründe für die Zurückhaltung der Soziologie

Einerseits ist die relative Zurückhaltung der Soziologie im Hinblick auf eine gezielte Ausdifferenzierung einer spezialisierten Osteuropaforschung vor dem Hintergrund aktueller Debatten über Postkolonialismus, Ethnozentrismus und die stete Gefahr, durch unreflektierte Begriffsbildungen und -verwendungen problematische Essentialisierungen zu produzieren und reproduzieren, absolut verständlich und nachvollziehbar. Wie bereits angedeutet, gibt es gute Gründe, warum die Soziologie zu makroregional determinierten Forschungsperspektiven Abstand gehalten hat. Zu unterschiedlich sind die Länder, die Regionen und nicht zuletzt auch die Bevölkerungen, die kulturellen Traditionen und die historischen Prägungen und Erfahrungen in Osteuropa, als dass diese unter ein gemeinsames Label passten und nonchalant zusammengefasst werden könnten. Bei genauerem Hinsehen stellt sich überhaupt die Frage, wo ›Osteuropa‹ beginnt und wo es endet: Handelt es sich bei Osteuropa tatsächlich um eine fixe Größe, die sich geographisch eindeutig bestimmen lässt? Oder handelt es sich hier vielmehr um eine kulturelle Zuschreibung, um nicht zu sagen: um eine ganz spezifische kulturelle Projektion, unter die alles subsumiert wird, was sich gemeinhin als ›östlich‹, als ›osteuropäisch‹ und damit letztlich als das imaginierte Andere eines davon vermeintlich eindeutig abgrenzbaren Westens denken lässt? Wir sehen also, dass sich in Bezug auf Osteuropa genau die gleichen Probleme stellen, die die Klassiker des Postkolonialismus im Hinblick auf die Konzeptionen, Vorstellungen und Projektionen des ›Orient‹ in der europäischen Kulturgeschichte herausgearbeitet haben (Said 2009).

Ähnliches lässt sich heute, über 30 Jahren nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion, wohl auch über Kategorisierungen wie »Postkommunismus« (Holmes 1997) oder das »Postsowjetische« sagen: Zu unterschiedlich sind die Länder und Regionen des ehemaligen Ostblocks, zu unterschiedlich sind sie in ihrer historischen Prägung und zu unterschiedlich waren die Entwicklungsverläufe seit 1989, um eine gesamte Region unter die Kategorie des Postsowjetischen zu subsumieren. Auch wenn der real existierende Sozialismus und die Sowjetherrschaft in den Gebieten des ehemaligen Ostblocks bis in die kleinsten Verästelungen des Alltagslebens ohne Zweifel eine tiefgreifende kulturelle, soziale und nicht zuletzt auch eine immense materielle Prägung hinterlassen haben, sind die Länder Osteuropas mindestens

ebenso unterschiedlich wie die Länder und Regionen in Süd- oder in Westeuropa. Niemand käme auf die Idee, so der Schriftsteller Karl-Markus Gauß (2021: 6), portugiesische Fischer, holländische IT-Spezialistinnen, Aktivisten der französischen Gelbwesten oder Vorstandssprecher der deutschen Großindustrie für Repräsentanten ein und desselben Menschenschlags zu halten. In der gleichen Weise verbietet es sich daher, gesellschaftliche Zustände, Mentalitäten, Befindlichkeiten oder Missstände in den Ländern Mittel- und Osteuropas automatisch und reflexhaft als »postkommunistisch« oder als Ausdruck des Fortbestands »sowjetischer Prägung« zu deuten.

Warum und wie wir weiter über Osteuropa sprechen und forschen sollten

Andererseits sind Formationsbegriffe wie »Ost- oder »Westeuropa« und Zuschreibungen wie »sowjetisch«, »postsowjetisch« oder auch »kapitalistisch« – sofern sie ihren Sinn als analytische Konzepte zu erfüllen und einen analytischen Mehrwert zu erzeugen vermögen – nicht unwichtig für eine gehaltvolle soziologische Gesellschaftsanalyse. Hartmut Rosa weist darauf hin, dass die Soziologie trotz aller Schwierigkeiten und Probleme von allgemeineren makrostrukturellen Kategorisierungen ohne interpretationsleitende Formationsbegriffe nicht auskommt:

»Sofern die Soziologie die Aufgabe hat, die strukturellen und kulturellen Zusammenhänge gesellschaftlicher Erscheinungen zu erhellen, ist sie ohne Formationsbegriffe, welche die über individuelle und gruppenspezifische Differenzen hinausgehenden Grundtendenzen sowie die kulturellen und formationsspezifischen Merkmale einer Lebensform auf den Begriff zu bringen suchen, nicht möglich.« (Rosa 2021: 164)

Ohne den Versuch, den strukturellen und kulturellen Triebkräften auf den Grund zu gehen, die die zentralen Entwicklungs- und Veränderungstendenzen einer Formation bestimmten und damit ihre historisch-kulturelle Manifestationsform prägten, so Rosa weiter, erschöpfe sich die Soziologie nur noch in der Analyse von Einzelphänomenen und in der Erklärung ihres je individuellen Zustandekommens. Eine übergreifende Vision oder ein Verständnis für Wechselwirkungen und Zusammenhänge würde daraus nicht hervorgehen. Dies müsse laut Rosa nicht gleich dazu führen, dass die erheblichen Unterschiede zwischen Lebensformen und Lebenspraktiken automatisch unter den Teppich gekehrt würden. Aber es würde eben bedeuten, »die Existenz und Persistenz formierender Kräfte, welche strukturell und kulturell über alle

Differenzen hinweg oder durch sie hindurch prägende Wirkung entfalten, ernst zu nehmen.« (ebd.)

Für die Debatte über die Notwendigkeit einer Beschäftigung mit spezifischen gesellschaftlichen Konstellationen im heutigen Osten Europas und über Sinn und Unsinn einer Soziologie des Postkommunismus oder des Postsowjetischen, bedeutet dies – um eine populäre Redensart zu bemühen – das berühmte Kind nicht mit dem Bade auszuschütten. Es gibt tiefgreifende Spuren und Prägungen, die der real existierende Sowjetkommunismus in den Ländern und Regionen in Mittel- und Osteuropa hinterlassen hat, die bis heute in Ansätzen und in unterschiedlichem Ausmaß im Alltagsleben sichtbar und auch wirksam sind. Und es gibt einschneidende länderübergreifende Entwicklungen und Erfahrungen, die durch die massiven geplanten und in nicht geringem Ausmaß auch ungeplanten politischen, wirtschaftlichen und sozialen Transformations- und Veränderungsprozesse seit 1989 hervorgerufen und in ähnlicher Weise durchlebt wurden. Beides gilt es, entsprechend zu benennen und in vergleichender und differenzierender Perspektive zu analysieren. Hierbei muss noch nicht einmal »das Rad neu erfunden werden, denn wir können durchaus an vielfältige Perspektiven und Erkenntnisse der bisherigen Transformations- und Postkommunismus-Forschung anschließen, die eigentlich bereits ein sehr breites und differenziertes Panorama der gesellschaftlichen Verhältnisse in Mittel- und Osteuropa gezeichnet haben.⁷

Um nicht missverstanden zu werden: Es geht mir nicht darum, ein Zurück zu den alten Ansätzen und ein Festhalten an überholten Perspektiven einzufordern. Es ist mir nur wichtig zu betonen, dass es für ein Verständnis der gesellschaftlichen Situation im heutigen Osteuropa bereits einen Fundus an Ansätzen und Erkenntnissen gibt, der in den allgemeinen gesellschaftstheoretischen Debatten innerhalb der Soziologie viel zu wenig berücksichtigt wurde. Dabei gäbe es am Beispiel der Länder und Regionen in Mittel- und Osteuropa erstaunlich viele gesellschaftliche Phänomene und Entwicklungen zu erforschen und ganz konkret *in actu* zu studieren, die zentrale Theorien, Annahmen, Narrative der vergangenen Jahre zu irritieren oder zumindest empirisch stärker zu fundieren vermögen – sei es die Rolle des Nationalismus und die Entstehung von neuen Nationalstaaten in einer Zeit, in

⁷ In einem Review-Essay aus dem Jahr 2007 stellt Raj Kollmorgen deutlich heraus, dass es im Kontext der Postkommunismus-Forschung in den 2000er Jahren zweifelsohne auch ganz andere, vor allem auch in theoretischer Hinsicht anspruchsvolle und innovative Ansätze gegeben hat, von denen die allgemeine Theoriedebatte in der Soziologie und nicht zuletzt auch die Gesellschaftstheorie stärker hätte profitieren können. (Kollmorgen 2007).

der die Soziologie überwiegend Prozesse der Globalisierung, De-Nationalisierung und Enträumlichung des Sozialen in den Blick genommen hat (vgl. Brubaker 1996); sei es die Rückkehr und Persistenz autoritären Denkens und autoritären Regierens in einer Zeit, in der in der Soziologie über ein kosmopolitisches Europa nachgedacht wurde (vgl. Beck, Grande 2004); sei es die Rückkehr von Krieg, Gewalt und Desinformation als Mittel der Durchsetzung von Macht in einer Zeit, in der die Soziologie sich hauptsächlich in »Kriegsverdrängung« (Joas, Knöbl 2008) geübt und Europäisierung wesentlich als Prozess der Liberalisierung beschrieben hat; oder sei es die nüchterne und akribische Analyse der sozialen und gesellschaftlichen Effekte von umfassenden wirtschaftlichen Reform- und Liberalisierungsprozessen, die weit über die schlichte These einer Neoliberalisierung hinausweist, weil die Reformen in allen Ländern unterschiedlich umgesetzt wurden und auch zu ganz unterschiedlichen Ergebnissen geführt haben (vgl. Ther 2016). Diese Auflistung ließe sich problemlos weiterführen, aber es sollte deutlich geworden sein, dass die Soziologie in den vergangenen Jahren viel empirisches und analytisches Potenzial verschenkt hat. Es ist an der Zeit, dies zu ändern und sich in der soziologischen Zeitdiagnose noch viel stärker von den eigenen Ethnozentrismen loszulösen.⁸ Dazu gehört auch, sich intensiver mit Forschungsansätzen und -ergebnissen zu beschäftigen, die in den vergangenen Jahren in Nachbardisziplinen, allen voran in den Geschichtswissenschaften, aber auch im Bereich der Ethnologie und der sozialen Anthropologie geleistet wurden.⁹

8 Osteuropa kommt – abgesehen von Mau (2019) – in den bekannteren soziologischen Zeitdiagnosen der vergangenen Jahre kaum vor. Reckwitz (2017; 2019) thematisiert zwar sehr ausführlich gesellschaftliche Spaltungs- und Polarisierungstendenzen und ein »Ende der Illusionen« in der Spätmoderne. Seine Analysen und empirischen Beispiele beschränken sich jedoch hauptsächlich auf Deutschland und die Darstellung von Entwicklungen in und rund um die westlichen Zentren. Auch im Debatten-Buch von Reckwitz und Rosa zur »Spätmoderne in der Krise« (Reckwitz, Rosa 2021) gibt es an keiner Stelle einen Bezug zu Osteuropa oder überhaupt Beispiele und Bezüge, die über Deutschland und die westliche Hemisphäre hinausweisen.

9 Man denke hier zum Beispiel an die Arbeiten, die im Umfeld von Chris Hann am Max-Planck-Institut für ethnologische Forschung in Halle unter dem Label der sogenannten *Eurasia studies* geleistet wurden, und die in der (Europa-)Soziologie kaum wahrgenommen, geschweige denn rezipiert wurden. Hier geht es vor allem darum, etablierte Dichotomien von Europa und Asien oder festgefügte Vorstellungen von Osteuropa aufzubrechen und stattdessen die kulturelle Transitions- und Diffusionsprozesse sowie die Pluralität, Diversität und auch die diversen Performanzen von lokalen Kulturen und Traditionen in den Blick zu nehmen.

Für die intensivere Beschäftigung mit den aktuellen gesellschaftlichen Konstellationen und Herausforderungen in Osteuropa ist meiner Ansicht nach nicht unbedingt wieder ein gezielter Ausbau einer spezialisierten Osteuropaforschung in der Soziologie notwendig. Gefordert ist neben der allgemeinen Soziologie vor allem eine Europasozio­logie, die sich von ihrer Fixierung auf den EU-Integrationsprozess im engeren Sinne ein Stück weit löst und die Räume, Länder und Regionen jenseits des EU-Territoriums sowie die vielfältigen Verflechtungen, Wechselwirkungen, strukturellen Ungleichgewichte und Konflikte zwischen Innen und Außen stärker und systematischer als bisher in den Blick nimmt.

Literatur

- Ahlberg, René 1980: Die soziologische Osteuropaforschung. *Osteuropa*, 30. Jg., Heft 8/9, 790–798.
- Bach, Maurizio 2008: Europa ohne Gesellschaft. Politische Soziologie der Europäischen Integration. Berlin: Springer VS.
- Balla, Bálint / Geier, Wolfgang (Hg.) 1994: Zu einer Soziologie des Postkommunismus. Kritik, Theorie, Methodologie. Kultursoziologie. Sonderband 1994. Münster: Lit Verlag.
- Balla, Bálint / Sterbling, Anton (Hg.) 1995: Soziologie und Geschichte. Geschichte der Soziologie. Beiträge zur Osteuropaforschung. Hamburg: Krämer Verlag.
- Balla, Bálint / Sterbling, Anton (Hg.) 1996: Zusammenbruch des Sowjetsystems. Herausforderung für die Soziologie. Hamburg: Krämer Verlag.
- Balla, Bálint / Sterbling, Anton (Hg.) 2009: Globalisierung, Europäisierung, Regionalisierung: Unter besonderer Berücksichtigung ihrer Erscheinungsformen und Auswirkungen im östlichen Europa. Hamburg: Krämer Verlag.
- Beck, Ulrich / Grande, Edgar 2007: Das kosmopolitische Europa. Gesellschaft und Politik in der Zweiten Moderne. Berlin: Suhrkamp.
- Brubaker, Rogers 1996: Nationalism reframed: nationhood and the national question in the New Europe. Cambridge: Cambridge University Press.
- Büttner, Sebastian M. 2012: Mobilizing Regions, Mobilizing Europe: Expert Knowledge and Scientific Planning in European Regional Development. London, New York: Routledge.
- Büttner, Sebastian M. 2018: Eine Krise der liberalen Fortschrittsidee? Anmerkungen zu Ivan Krastevs Krisendiagnose. *Culture, Practice & Europeanization (CPE)*, 3. Jg., Heft 3, 92–99.
- Büttner, Sebastian M. / Eigmüller, Monika / Worschech, Susann (eds.) 2022: *Sociology of Europeanization*. Berlin: DeGruyter Oldenbourg.

- Gauß, Karl-Markus 2021: Reale und imaginäre Grenzen. In Sektion für internationale Kulturangelegenheiten des BMEIA (Hg.), Erklärung für alles. Neue Texte aus Mitteleuropa, Osteuropa, Südosteuropa und dem Schwarzmeerraum. Wien, Salzburg: Residenz Verlag, 5–8.
- Heidenreich, Martin (ed.) 2019: Horizontal Europeanisation: The Transnationalisation of Daily Life and Social Fields in Europe. London, New York: Routledge.
- Hradil, Stefan / Immerfall, Stefan (Hg.) 1997: Die westeuropäischen Gesellschaften im Vergleich. Opladen: Leske + Budrich.
- Holmes, Leslie 1997: Post-Communism. An Introduction. Cambridge: Polity Press.
- Joas, Hans / Knöbl, Wolfgang 2008: Kriegsverdrängung. Ein Problem in der Geschichte der Sozialtheorie. Berlin: Suhrkamp.
- Kollmorgen, Raj 2007: Rückkehr der Theorie? Transformation, Postkommunismus und Sozialtheorie. Berliner Journal für Soziologie, 17. Jg., Heft 2, 253–261.
- Krastev, Ivan 2017: Europadämmerung. Ein Essay. Berlin: Suhrkamp.
- Mau, Steffen 2019: Lütten Klein. Leben in der ostdeutschen Transformationsgesellschaft. Berlin: Suhrkamp.
- Münch, Richard 2008: Die Konstruktion der europäischen Gesellschaft. Zur Dialektik von transnationaler Integration und nationaler Desintegration. Frankfurt am Main, New York: Campus.
- Reckwitz, Andreas 2017: Die Gesellschaft der Singularitäten. Zum Strukturwandel der Moderne. Berlin: Suhrkamp.
- Reckwitz, Andreas 2019: Das Ende der Illusionen. Politik, Ökonomie und Kultur in der Spätmoderne. Berlin: Suhrkamp.
- Reckwitz, Andreas / Rosa, Hartmut 2021: Spätmoderne in der Krise: Was leistet die Gesellschaftstheorie? Berlin: Suhrkamp.
- Rosa, Hartmut 2021: Best Account. Skizze einer systematischen Theorie der modernen Gesellschaft. In Andreas Reckwitz / Hartmut Rosa: Spätmoderne in der Krise: Was leistet die Gesellschaftstheorie? Berlin: Suhrkamp, 151–251.
- Said, Edward W. 2009: Orientalismus. Frankfurt am Main: Fischer.
- Sektion Ost- und Ostmitteleuropa-Soziologie 2005: Anliegen, Zwischenbilanz und neue Arbeitsschwerpunkte der Sektion. SOZIOLOGIE, 34. Jg., Heft 2, 222–231.
- Sparschuh, Vera 2003: Zehn Jahre Ost- und Ostmitteleuropa-Soziologie: Profilierung im Spannungsfeld zwischen Regionalforschung und Basisdisziplin. In Barbara Orth / Thomas Schwietring / Johannes Weiß (Hg.), Soziologische Forschung: Stand und Perspektiven. Ein Handbuch. Opladen: Leske + Budrich, 389–397.
- Ther, Philipp 2016: Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent. Eine Geschichte des neoliberalen Europa. Berlin: Suhrkamp.
- Vobruba, Georg 2007: Die Dynamik Europas. 2. Auflage. Wiesbaden: VS.

Indien gibt es nicht

Die Vernachlässigung Osteuropas steht für ein größeres Problem der deutschen Sozialwissenschaften.

Klaus Schlichte

Einleitung

Der Angriff Russlands auf die Ukraine im Februar 2022 hat in den Sozialwissenschaften Deutschlands, aber auch darüber hinaus, zu einer breiten Debatte geführt, ob nicht ein Versagen der Sozialwissenschaften auszumachen sei, die drohende Entwicklung nicht hinreichend beachtet zu haben. Zu dieser Frage scheint sich bereits ein Konsens abzuzeichnen: Osteuropa war und ist in den deutschen Sozialwissenschaften ein vernachlässigter Forschungsgegenstand (vgl. Hilger 2023). An einem einfachen Indikator lässt sich dies erkennen: Von insgesamt 2.562 Aufsätzen, die in den zwanzig Jahren zwischen 1995 und 2015 in vier prominenten soziologischen Zeitschriften Deutschlands veröffentlicht wurden, hatten gerade einmal 29 Aufsätze einen Osteuropa-Bezug im Titel. Das entspricht einem Anteil von 1,13 Prozent.¹

Die Lage in den deutschen Sozialwissenschaften ist indes noch viel problematischer, als von Susann Worschech (2023) und anderen Autor:innen der vorigen Ausgabe der *SOZIOLOGIE* und auch in diesem Heft skizziert. Das konstatierte Versäumnis, so die These dieses Beitrags, verweist auf ein viel größeres Problem. »Indien gibt es nicht« – auf diese Beobachtung ließe sich der Befund exemplarisch kaprizieren.

Nicht nur in relativen Anteilen der Forschungsthemen, sondern sowohl in der Zusammensetzung des wissenschaftlichen Personals wie in den dominanten Methoden und theoretischen Paradigmen hat sich in den deutschen Sozialwissenschaften eine Zentrierung auf Westeuropa und Nordamerika erhalten, die ihre Ursache jedenfalls nicht in der Sache – der nur noch global zu denkenden Gesellschaft – hat. Die Ursachen liegen vielmehr in politischen Verhältnissen und der Eigenlogik des wissenschaftlichen Be-

¹ Die betrachteten Journale sind: *Zeitschrift für Soziologie*, *Leviathan*, *Soziale Welt*, *Soziale Systeme*, *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*. Ich danke Fynn Horstmannshoff für die Arbeit der Auszählung.

triebes, die von der Gemeinschaft der Forschenden und der Wissenschaftspolitik weitgehend ausgeblendet werden. Trotz der Tatsache, dass das europäische Zeitalter mit der Dekolonisation in den 1960er Jahren sein Ende fand, trotz des wirtschaftlichen und demographischen Wachstums Chinas und Indiens, trotz der seit Jahren viel diskutierten »Globalisierung« und trotz der schon Jahrzehnte alten Kritik der »post-colonial studies« und anderer kritischer Ansätze, haben die deutschen Sozialwissenschaften ihre eigene Globalisierung noch vor sich.

Die einzige erkennbare Diskussion dieses Missstands wird gegenwärtig unter dem Schlagwort der »Dekolonisierung« an manchen Rändern der Sozialwissenschaften geführt.² Und die Dekolonisierung, so Mahmood Mamdani (2019) ist zunächst eine Frage der Sprache. Mit dem Export des europäischen Universitätsmodells und der europäischen Expansion habe sich auch eine Expansion der europäischen Sprachen, allen voran des Englischen, ergeben. »Inklusion« in den Wissenschaftsbetrieb, und besonders in ihre europäischen und US-amerikanischen »Spitzenuniversitäten«, ist zunächst eine Frage der Sprachkompetenz. Entsprechend richten sich die Sozialisierungen des wissenschaftlichen Personals aus. »Internationale Sichtbarkeit« wird verstanden als Sichtbarkeit im englischsprachigen Wissenschaftsraum. Der Erwerb anderer Sprachkenntnisse ist eher bedeutungslos.

Die »Internationalität« der deutschen Sozialwissenschaften beschränkt sich auf die Beherrschung des Englischen. Schon mit Blick auf Osteuropa wird diese Einseitigkeit der deutschen Sozialwissenschaften deutlich. Im Teilbereich »Internationalen Beziehungen« der Politikwissenschaft ist dem Autor unter etwa 60 Professor:innen nur eine einzige bekannt, die eine slawische Sprache liest, fließend beherrscht und sich in der Region länger aufgehalten hat. Klein ist selbst die Zahl der Fachkolleg:innen, die sich, wie der Autor, in den vom DAAD und den parteinahen Stiftungen zeitweise heftig geförderten ein- bis zweiwöchigen Sommerschulen im Kaukasus, in der Ukraine oder Zentralasien aufgehalten haben. Eine konzentrierte, langjährige Beschäftigung mit den postsozialistischen Ländern jenseits ihrer Beziehungen zur Europäischen Union gibt es den »Internationalen Beziehungen« in Deutschland nicht.

Nach einer kurzen Bestandsaufnahme zum Stellenwert weiterer Weltregionen und der dort lebenden Menschen in den deutschen Sozialwissenschaften plädiert der Beitrag am Ende für eine Globalisierung der deutschen Sozialwissenschaften aus weltgesellschaftlicher Perspektive.

2 Vgl. die Beiträge in Heft 2/2022 der Zeitschrift für Friedens- und Konfliktforschung.

In der Organisation: Ethnische Selbstzentrierung

Im Fach Politikwissenschaft wird die ethnische Selbstzentrierung, in starkem Kontrast zu Universalitätsansprüchen und Internationalisierungsgestus der Wissenschaft, sehr deutlich. Die Unterrepräsentation Osteuropas allein ist schon auffällig: Im Juni 2017 hatten von 472 Professuren³ der Politikwissenschaft in Deutschland fünf, also gut ein Prozent, Osteuropa in der Denomination. Sie fanden sich an der HU Berlin, in Regensburg, Bremen, Gießen und an der LMU in München. »Europa« überhaupt haben dagegen insgesamt 40 Professuren in ihren Bezeichnungen.

Doch was für Osteuropa gilt, gilt noch viel stärker für andere Weltregionen. Die Veränderungen in der internationalen Politik, die sich in den letzten zwanzig Jahren ergeben haben, finden ihren Niederschlag erst mit großer Verspätung in den Strukturen des politikwissenschaftlichen Teilbereichs der »Internationalen Beziehungen«. Zwar gibt es in Deutschland seit ein paar Jahren drei Professuren zur internationalen Politik Chinas. Den 1,3 Mrd. Menschen auf dem afrikanischen Kontinent und ihren »internationalen Beziehungen« ist indes nur ein Lehrstuhl gewidmet. »Indien gibt es nicht« – dieser Satz gilt auch hier. Nicht viel besser sieht es in der Politikwissenschaft insgesamt aus. Die Beschäftigung mit nicht-europäischen Regionen ist in der deutschen sozialwissenschaftlichen Landschaft in die Kulturwissenschaften relegiert, zu denen an vielen Universitäten auch die Geschichtswissenschaft gezählt wird. Die »area studies«, mit denen Universitäten zu früheren Zeiten ihre Weltläufigkeit zeigten, sind beiden Disziplinen verloren gegangen oder wurden willentlich marginalisiert.

Ein ähnlicher Befund lässt sich für die Sozialwissenschaften in westlichen Ländern überhaupt ausmachen: Die weit überwiegende Mehrheit der Politikwissenschaftler:innen arbeitet zu den USA oder EU-Europa. Der Rest der Welt taucht als Problem auf, als Problem für die Sicherheit, für die Demokratisierung oder als Problem der »Entwicklung«.

Auch die Mobilität von Wissenschaftler:innen ist hier auskunftreich: Sie verbringen ihre internationalen Forschungs- und Gastaufenthalte vorzugsweise dort, wo das höchste symbolische Kapitel zu erwarten ist, also besonders die US-amerikanische *Ivy League*, Oxford und Cambridge, weniger häufig schon Science-Po Paris. Eine besonders beliebte Adresse ist dabei das

³ Zahlen nach DVPW: https://www.dvpw.de/fileadmin/user_upload/2017-06_Liste_Professuren_Politikwissenschaft.pdf, einschließlich Apl-Prof.

»Minda deGunzburg Centre for European Studies« in Harvard, wo die Kolleg:innen dann vor allem mit anderen europäischen Gastwissenschaftler:innen unter sich sind. So bleiben selbst die US-amerikanischen »flyover states« den deutschen Sozialwissenschaftlern *terra incognita*.

Eine aus vielerlei Gründen vielleicht zweifelhafte Untersuchung der »ethnischen« Zusammensetzung der Professorenschaft in den deutschen Sozialwissenschaften könnte Gründe für diese Vereinseitigungen finden: Die Zahl derer, deren Urgroßeltern nicht schon im Raum des »Sacrum Imperium Romanum Nationes Germaniae« siedelten, hält sich in sehr engen Grenzen. Immigranten finden sich nur in seltenen Ausnahmefällen auf Lehrstühlen. Selbst die zweite Generation dürfte im niedrigen einstelligen Prozentbereich bleiben, obwohl diese beiden Immigrationsgenerationen etwa ein Viertel der deutschen Bevölkerung ausmachen. Ähnliche Befunde dürften sich für den Anteil von Lehrstuhlinhaber:innen mit ostdeutschen – und damit postsozialistischen – Biographien ergeben.

Was sich hier zeigt, hat seine Ursachen sicher in den Schiefen des Bildungssystems überhaupt und im *selection bias* der Rekrutierungen für Professuren (jüngst: Orupabo, Mangset 2022). Dass daraus ein Effekt für die Themensetzung und Forschungsagenden bis hinein in die für plausibel gehaltene Formulierung von Denominationen resultiert, liegt nahe. Der westdeutsche historische Erfahrungsraum dominiert die Themensetzungen, die Aufmerksamkeiten und die Problematisierungen.

Die derart konstituierte *scholarly community* in Deutschland bestärkt sich in ihren reduzierten Thematiken, und sie prämiert, was sie für wichtig hält: Die drei Leibniz-Preisträger aus der Soziologie der letzten Jahre behandeln Dynamiken außerhalb der EU/USA nur am Rande. Die 800 Millionen Bewohner:innen der EU und der USA erhalten die Aufmerksamkeit, die eigentlich 8 Milliarden gelten müsste. Zehn Prozent der Weltbevölkerung bleiben auch hier privilegiert.⁴

Dies verweist auf Effekte, die der Soziologie seit langem bekannt sind. Das Gesetz der Homologie, das Bourdieu für die Rekrutierung wissenschaftlichen Personals im Frankreich der siebziger Jahre konstatierte (Bourdieu 1988: 90 ff.) wäre eine Hypothese, die die nationale Schließung der deutschen Sozialwissenschaften erklären könnte. Komplizierter wird es in der Erklärung dessen, was als legitimes Problem gelten kann und was nicht.

4 Eine Ausnahme bildet hier Steffen Maus »Sortiermaschinen« (Mau 2021).

Was ist ein legitimes Problem?

Biographische und ethnische Homogenität ebenso wie die Beständigkeit des tradierten Kanons dürften einen Großteil des Befundes erklären, dass die Sozialwissenschaften in Deutschland vor allem Theorien produzieren, die fast ausschließlich die (west-)europäische Erfahrung widerspiegeln und die deshalb Schwierigkeiten haben, andere historische Verläufe anders als in einer Terminologie der Dysfunktionalität, der Devianz oder Pathologie zu thematisieren. Dieses zu erklärende Phänomen ist indes keineswegs auf Deutschland oder Europa beschränkt, sondern gilt ebenso für die in vielem dominanten Sozialwissenschaften der USA. Nur bestimmte historische Erfahrungen wurden in den Theoriebeständen und zentralen Begrifflichkeiten globalisiert, nämlich die Westeuropas und der USA (Mamdani 2019: 15).⁵

Ein langfristiger Blick auf die deutschen Sozialwissenschaften macht aber auch sichtbar, dass sich in den Themenstellungen und Fragen der Fächer eine implizite normative Orientierung findet, die in der Vergangenheit selten, und in der Gegenwart erst langsam verstärkt thematisiert wird. Das Meinungsspektrum in den deutschen Sozialwissenschaften deckt sich mit dem des bürgerlichen *juste milieu* überhaupt, das sich zwischen den in der »Süddeutschen Zeitung« und »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« vertretenen Positionen spannt.

»Linke«, kritische Positionen in den Sozialwissenschaften sind natürlich nicht neu. Zumal in der deutschsprachigen Tradition war durch die starke Wirkung der »Frankfurter Schule« diese Kritik in den Fächern und auch in der Öffentlichkeit weit bekannt und hat das Image der Sozialwissenschaften stark geprägt. Emanzipation als erkenntnisleitendes Interesse war in dieser kritischen Tradition die leitende Idee. Auch im Feld der »Internationalen Beziehungen« war einst die lateinamerikanische *dependencia*-Schule Teil des unterrichteten Theoriekanons. Doch auch sie verschwand in den 1990er Jahren aus den Lehrbüchern.

Eine oberflächliche Aufnahme von »postcolonial studies« in die Theorievorlesungen ist die heutige Reaktion auf die Herausforderung, die Lebensrealitäten in anderen Weltteilen und ihre Verbindungen mit der (west-)euro-

⁵ Siehe auch die Beiträge von Andreas Langenohl und Valeria Korablyova im ersten Teil dieses Symposions.

päischen Verhältnissen zu thematisieren. Doch auf die Auswahl der Gegenstände darauf, was als Problem gilt, hat dies bisher kaum Auswirkungen gezeitigt.⁶

Auch der von Norbert Elias schon vor vierzig Jahren beklagte »Rückzug der Soziologen auf die Gegenwart« trägt zur Vereinseitigung bei (vgl. Elias 1983). In der deutschsprachigen Politikwissenschaft und Soziologie ist die Beschäftigung mit kolonialer oder imperialer Geschichte oder gar vorkolonialer Politik randständig bis gar nicht vorhanden. Selbst Einführungen in die »Internationalen Beziehungen« behandeln sie nicht. Der europäische Provinzialismus, den Chakrabarthy (2000) vor über zwanzig (!) Jahren denunzierte, regiert ungebrochen.

Doch Eurozentrismus ist nicht der richtige Begriff, um diese Verhältnisse zu fassen. Denn jenseits Europas spielen die US-amerikanischen Sozialwissenschaften eine zentrale Rolle in der Verfestigung der Verhältnisse. Der weit überwiegende Teil der Forschung – und der Inhalte der Lehrbücher – kreist um die Themen, die die 800 Millionen Menschen in der EU und in Nordamerika teilen. »Democracy and growth« sind auch die Leitthemen der Beschäftigung mit anderen Weltgegenden, die in der Regel nur als defizitäre Einheiten vermessen und in immer neuen Typologien kategorisiert werden. Die »Transformationsforschung« ist dabei nur das prominenteste Feld einer wissenschaftlichen Praxis, in der idealisierte westliche Verhältnisse zur Grundlage der Heuristik der Beschäftigung mit den Anderen werden (vgl. Schlichte 1998). Im Entwicklungsdiskurs oder der Diskussion über Menschenrechte ist die gleiche Heuristik am Werk (Ziai 2004).

Innerhalb des deutschen sozialwissenschaftlichen Diskursraums bleibt diese Weltsicht unerschütterlich, weil sie die außerwissenschaftliche Öffentlichkeit ebenso prägt: Das »Verlassen der Welt« (Engelhardt 2022) ist auch in den Leitmedien zu beobachten. Zwischen 2010 und 2020 waren die USA in den 23 wichtigsten deutschen Zeitungen zehnmal so oft Thema wie Syrien, trotz des dort durchgehend stattfindenden Krieges. Acht Staaten wurden in diesen Zeitraum mehr als 100.000 Mal erwähnt, eine untere Gruppe von 34 Staaten weniger als 50 Mal. Über zehn Länder, darunter Westsahara, Guinea-Bissau und Moldau wurde dagegen kein einziges Mal berichtet (ebd.: 15).

Dass diese – gelinde gesprochen – Schiefelage nicht ohne politische Wirkungen bleibt, zeigt das aktuelle Beispiel Mali. Zwar erschien der Name des

6 Dafür mag eine Rolle spielen, dass die *postcolonial studies* häufig im Modus des kritischen Essayismus verharren, statt unter Rückgriff auf die kritische Tradition eine alternative Analytik mit neuen Begriffen zu entwickeln.

Landes vergleichsweise oft in der deutschen Presse in den letzten Jahren. Der Grund dafür war indes allein die deutsche Beteiligung an einer militärischen UN-Mission. Thema der Berichterstattung waren dann vorrangig die Mängel der Ausstattung des Bundeswehrkontingents. Über die sozialen und politischen Verhältnisse des Landes erfuhren die deutschen Leser nichts, jenseits der pauschalen These, dass »Islamisten« die politische Stabilität bedrohten.

Die deutschen Sozialwissenschaften beteiligten sich an diesem Übergehen.⁷ Ihrem Auftrag, gesellschaftliches Orientierungswissen bereit zu stellen, werden sie so nicht gerecht. Zum Zeitpunkt der Intervention 2013 war keine Monographie über Malis Gesellschaft oder Politik im Land auf Deutsch erhältlich, so dass die Bundeswehr über das Militärgeschichtliche Forschungsamt schließlich selbst einen Band in ihrer Reihe »Wegweiser zur Geschichte« produzieren musste (Hofbauer, Münch 2013). Wegen des Versagens der deutschen Sozialwissenschaften blieben dem Militär, den politischen Entscheidungsträgern und der politischen Öffentlichkeit nur die Regierungsinformationen als Quelle, wie etwa die Halbjahresberichte des Auswärtigen Amtes oder die Publikationen von Stiftungen und *think tanks*, die in ihren Finanzierungen und im Personal von Regierungseinrichtungen nicht mehr zu trennen sind.⁸

Gesellschaftliche Fragen auf anderen Kontinenten werden für die deutschen Sozialwissenschaften bis heute zum legitimen Problem nur als Kontrastierung des eigenen Selbstverständnisses. Aber weder in der Forschung noch in der Theoriebildung erhalten diese »anderen« Verhältnisse in ihrem Eigenrecht ihre Berücksichtigung. Das geschieht zum Schaden der Sozialwissenschaften, die die Welt nicht angemessen repräsentieren. Ein – zugeben moralisch recht plakatives – Problem macht dies besonders deutlich:

7 Die imperial entstandene Arbeitsteilung, dass die Ethnologie die Soziologie der Kolonien sei, setzt sich auch hier fort. Der Ethnologe Georg Klute (1992, 1998) hat Maßgebliches zur Soziologie des nördlichen Mali vorgelegt. Interessanterweise hat sich ganz generell nicht nur die Ethnologie, sondern auch die Geschichtswissenschaft viel offener gegenüber nicht-westlichen Themen und Fragen erwiesen.

8 Dies gilt etwa für die »Stiftung Wissenschaft und Politik«, zu einhundert Prozent vom Bundeskanzleramt finanziert, oder die »Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik«, von Ministerien und Unternehmen finanziert. Innerhalb des jüngeren Booms von *think tanks* der Außenpolitik finden sich auch solche, die von Rüstungsfirmen mitfinanziert werden, etwa der »European Council on Foreign Relations« (Wallenberg Foundation, Leonardo SPA; <https://ecfr.eu/donors/funding/>) oder der »Atlantic Council« (unter anderem Airbus, Boeing, Krauss-Maffei Wegmann, https://lobbypedia.de/wiki/Atlantic_Council. Letzter Aufruf am 1. Juli 2023).

Die Welternährung ist erst wegen des Klimawandels zur legitimen Problematik geworden – welchen Beitrag hat etwa der Fleischkonsum für den drohenden Temperaturanstieg? Dies und nicht der Umstand, dass nach FAO-Angaben eine seit 2014 steigende Zahl von Menschen, geschätzt eine Milliarde, an Hunger und chronischer Unterernährung leiden, gilt als legitime Problematik. Ein Grund dafür dürfte darin liegen, dass in Westeuropa wenige Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs, in den USA schon lange vorher, der Hunger als gesellschaftliches Problem verschwunden war.

Eine Soziologie der Weltgesellschaft und was zu lernen wäre

Es ist nicht absehbar, ob der Krieg Russlands gegen die Ukraine auch eine »Zeitenwende« in den deutschen Sozialwissenschaften bedeuten wird. Die laufende Diskussion ist in mehreren Hinsichten anschlussfähig an bestehende Dichotomisierungen und diskursive Strukturen. Das gilt etwa für die liberale Entgegensetzung von Staat und Gesellschaft, mittlerweile dominant verstanden als »Zivilgesellschaft«, oder die Dichotomisierung politischer Systeme in Autokratien und Demokratien. Der bisher dominante Diskurs macht jenseits der Aufmerksamkeit, die nun die Ukraine erhält, keine Veränderungen der hier kritisierten Strukturen der Sozialwissenschaften erforderlich.

Es könnte aber auch sein, dass sich die Dynamiken des Krieges in den Sozialwissenschaften in eine andere Richtung bemerkbar machen. Der durch den Krieg dramatisch angewachsene Nationalismus, die globalen Auswirkungen und sichtbarer gewordenen Verschiebungen im internationalen System könnten ebenso wie die viel unmittelbarer gegebenen Wirkungen kriegerischer Gewalt eine andere Repräsentation dessen bewirken, was Soziologie und Politikwissenschaft als Gesellschaft und Politik thematisieren und theoretisieren.⁹

All dies wird erst die Zeit lehren. Zu wünschen wäre den Sozialwissenschaften, unter ihnen besonders der Soziologie und der Politikwissenschaft,¹⁰ eine schnellere Annäherung an eine Repräsentation der Welt, die

⁹ Das gilt etwa für die »Kriegsverdrängung« in der Soziologie (Joas, Knöbl 2008) oder das lange Fortleben imperialer Muster als Teil der Geschichtlichkeit internationaler Politik, nicht nur in der Außenpolitik Russlands (Schlichte, Stetter 2023).

¹⁰ Die Ethnologie leidet nicht unter den genannten Problemen. Sie ist unter den Sozialwissenschaften in ihrer Globalisierung sicher die avancierteste. Auch die Geschichtswissenschaft hat nicht erst seit dem Boom der Globalgeschichte andere als die europäischen Erfahrungen in ihrem Eigenrecht wahrgenommen und erforscht.

Europa nicht vergisst, aber in eine globale Perspektive einbettet. Sie sollte aber zugleich den politischen und gesellschaftlichen Phänomenen in anderen Weltteilen deutlich mehr Aufmerksamkeit schenken, als dies gegenwärtig der Fall ist.

Im Begriff der Weltgesellschaft, der für eine Weile wahrnehmbar diskutiert wurde, war dies einmal angelegt.¹¹ Eine solche Globalisierung der Sozialwissenschaften müsste, im Sinne Rancières (2002) vor allem andere Erfahrungsräume erforschen und in ihre Theoretisierungen einfließen lassen, also in eine »globale Konversation« eintreten (Mamdani 2019: 26).

Das könnte auch eine Öffnung gegenüber anderen Wissenschaftsmodellen und Formen der gesellschaftlichen Selbstreflexion umfassen, statt ein *one-fits-all*-Modell zu propagieren, ein Denken, in dem Mamdani (ebd.: 27) eine Kontinuität der kolonialen *mission civilisatrice* bis zur den Strukturanpassungsprogrammen des Internationalen Währungsfonds sieht.

Für die Sozialwissenschaften in Europa würde dies ermöglichen, auch ein kritisches Selbstverhältnis zu entwickeln, aus der die Verwicklung in kriegेरische Konflikte ebenso wenig verschwunden wäre wie die Auseinandersetzung mit der nationalistischen Regression, die in Europa wie in Nordamerika gegenwärtig zu beobachten ist. Vielleicht wären Vergleiche ohne den Westen, in offenen Designs, ein erster Schritt, um Prozesse wie die Internationalisierung von Herrschaft etwa in Ostafrika und Zentralasien sichtbar zu machen (vgl. Bayart 1994, 2022; Beissinger, Young 2002; Schlichte 2015).

Literatur

- Bayart, Jean-François 1994: *Le reinvention du capitalisme. Les trajectoires du politique 1*, Paris: Karthala.
- Bayart, Jean-François 2022: *L'énergie de l'Etat. Pour une sociologie historique et compare du politique*. Paris: La Découverte.
- Beissinger, Mark / Young, Crawford (eds.) 2002: *Beyond State Crisis? Postcolonial Africa and Post-Soviet Eurasia in Comparative Perspective*. Washington DC: Woodrow Wilson Center.
- Bourdieu, Pierre 1988: *Homo academicus*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

11 Leider hat hier auch die Theorie sozialer Systeme, die den Begriff der Weltgesellschaft einst prominent vertrat, eher theoretische Vorentscheidungen exportiert, als die Verhältnisse andernorts zunächst zu studieren, vgl. Stichweh (2000).

- Chakrabarty, Dipesh 2000: *Provincializing Europe. Postcolonial thought and historical difference*. Princeton, NJ: Princeton UP.
- Elias, Norbert 1983: Über den Rückzug der Soziologen auf die Gegenwart. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 35. Jg., Heft 1, 29–40.
- Engelhardt, Marc 2022: Das Verblässen der Welt. *Auslandsberichterstattung in der Krise*. Frankfurt am Main: Otto-Brenner-Stiftung.
- Hilger, Andreas 2023: Ein Fach diskutiert über sich selbst. Der russische Krieg gegen die Ukraine und die Osteuropäische Geschichte in Deutschland. *Merkur*, 77. Jg., Heft 3, 78–85.
- Hofbauer, Martin / Münch, Philipp (Hg.) 2013: *Mali. Wegweiser zur Geschichte*. Paderborn: Schöningh.
- Joas, Hans / Knöbl, Wolfgang 2008: *Kriegsverdrängung. Ein Problem in der Geschichte der Sozialtheorie*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Klute, Georg 1992: *Die schwerste Arbeit der Welt: Alltag von Tuareg-Nomaden*. München: Trickster.
- Klute, Georg 1998: *Vom administrativen Häuptlingstum zur regionalen Parasouveränität*. Berlin: Das Arabische Buch.
- Mamdani, Mahmood 2019: *Decolonising Universities*. In Jonathan Jansen (ed.), *Decolonising Universities. The politics of knowledge*. Witwatersrand: Wits Univ. Press, 15–29.
- Orupabo, Julia / Mangset, Marte 2022: Promoting Diversity but Striving for Excellence: Opening the ›Black Box‹ of Academic Hiring. *Sociology*, vol. 56, no. 2, 316–332.
- Rancière, Jacques 2002: *Das Unvernehmen. Politik und Philosophie*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Schlichte, Klaus 1998: Ende der Theorie oder Theorien ohne Ende? Die Gesellschafts- und Geschichtsauffassung in der Entwicklungs- und Transformationsforschung. *asien – afrika – lateinamerika*, 26. Jg, Heft 2, 3–27.
- Schlichte, Klaus 2015: *The International State. Comparing statehood in Central Asia and Sub-Saharan Africa*. In John Heathershaw / Ed Schatz (eds.), *Paradox of Power. The Logic of Weak States*. Philadelphia, PA: Philadelphia University Press, 5–119.
- Schlichte, Klaus / Stetter, Stephan (Hg.) 2023: *The Historicity of International Politics. Imperialism and the presence of the past*. Cambridge: Cambridge UP.
- Stichweh, Rudolf 2000: *Weltgesellschaft. Soziologische Analysen*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Ziai, Aram 2004: *Entwicklung als Ideologie? Das klassische Entwicklungsparadigma und die Post-Development-Kritik*. Hamburg: Deutsches Übersee-Institut.

(De-)Gendering Ukraine: Understanding social change in a post-Soviet society

Tamara Martsenyuk

Gender equality as both a normative concept and a policy guideline is regarded as a central aspect of the change in values that is taking place, among other things, in the processes of Europeanization and democratization. The increase of debates on gender equality, changing role attributions, legal and social respect, and equality for LGBT people usually corresponds to a broader decrease in so-called ›traditional‹ (patriarchal) understandings of gender roles and identities, but also of ›traditional‹ hierarchies, power structures, and political exclusion. Therefore, more egalitarian gender perceptions and gender debates can be seen as an indicator for social and political transformation processes towards more consultative structures of society and increasing political inclusivity. Consequently, conflicts and disputes on the subject of gender equality and inclusivity are always a sign of increasing processes of negotiation and modernization in societies. In Ukraine, such processes have been observed for many years in parallel with democratization and social participation.

Against this background, it is more than surprising that the situation with gender equality and non-discrimination in Ukraine and the corresponding research on it is not really noticed in Germany and Western Europe. There is neither enough institutional cooperation nor are there any known major links to studies on Europeanization, democratization, or postcolonialism. In fact, gender discourses and policies in Ukraine relate very obviously to all three of the above-mentioned research strands, which is why dealing with gender issues in Ukraine can also help to reveal progress as well as obstacles in all three corresponding social processes.

However, understanding Ukraine and the fierce resistance of the Ukrainian society against the russian¹ war can be based on analytically deploying the gender perspective. Ukraine's self-defense increasingly goes hand in hand with more progressive legislation and societal understandings of gender arrangements as an expression of the integration of European-humanist value systems into Ukrainian self-image. In principle, it can be assumed that democracy and gender equality form a mutually reinforcing relationship and that higher levels of gender equality and public support for it correlate with

1 All expressions related to the root of the word *russia* are intentionally lowercase.

the quality of democracy and political as well as social inclusivity. Therefore, in this article, I will outline the significance of gender issues in studying Eastern European and, in particular, Ukrainian affairs by presenting the current state of research on gender in three realms that are crucially related to Ukraine's European integration, independence, and democratization. I will refer to gender issues in the recent Ukrainian legislation, in the sensitive field of military and armed forces, and finally, in relation to human rights and LGBT issues. All three realms have their own relevance for democracy and Europeanization. Still, combined with the question of gender arrangements and gender equality, they provide a deeper insight into social and political transformation dynamics in Ukrainian society – even in times of a full-scale war.

Gender equality in the legal system of Ukraine

Gender equality and nondiscrimination is among the priority issues in establishing true democracy. European Union proclaims equal treatment legislation and gender mainstreaming as important achievements (European Commission 2020). When it comes to EU integration, a popular opinion is that it will take many years for Ukraine to fulfill the legal requirements. At the same time, the process of equal rights and opportunities implementation in Ukraine for the last decades shows that these arrangements can be made very quickly if political actors realize the relevance of it for transformation.

Since independence, Ukraine has achieved visible progress in establishing gender equality in the different spheres of Ukrainian society (Channell-Justice et al. 2021; Martsenyuk 2016a). At the national level, gender equality is guaranteed, first of all, by the Constitution of Ukraine (Verkhovna Rada of Ukraine 1996) and the Law of Ukraine »On Ensuring Equal Rights and Opportunities of Women and Men« (Verkhovna Rada of Ukraine 2005).

At the international level, Ukraine ratified major international documents on providing equal rights and opportunities for men and women: the UN Convention on the Elimination of all Forms of Discrimination against Women (CEDAW 1979) and the UN Sustainable Development Goals, and the UN Security Council Resolution 1325 on women, peace and security (UNSC 2000). Ukraine also adopted the second National Action Plan (NAP) to implement UN Security Council Resolution 1325 for 2021 to 2025. In 2020, Ukraine formally became a full member of the Biarritz Partnership for Gender Equality (President of Ukraine, 2020), a global coalition championed by

the French government to achieve the full empowerment of girls and women around the world. Having signed multiple international agreements, Ukraine has recognized the importance of gender equality.

Moreover, on June 23, 2022, the European Council granted Ukraine the status of a candidate for accession to the European Union. Gender equality and respect for diversity are among the European Union's founding values. Therefore, it is important for Ukrainian society to continue promoting them through legislation, monitoring, policy guidance, awareness-raising activities, and support for grass-root projects and NGOs.

In Ukraine, despite the ongoing war, gender equality policies are being implemented, especially when it comes to important international documents. A recent big success was the ratification of the Council of Europe Convention on preventing and combating violence against women and domestic violence (the Istanbul Convention) after the full-scale invasion in July 2022 (Council of Europe, 2022). Now, the local (Ukrainian) legislation concerning gender and diversity (among them LGBTQI issues) are in the process of the improvement.

Public opinion on gender equality in the armed forces of Ukraine

Even though the political will to implement gender equality on the institutional level is crucial, the attitude of society towards diversity and dignity is also noteworthy. Public opinion regarding the implementation of gender equality (especially in traditionally ›male‹ spheres such as the armed forces and military) and rights for LGBT people could serve as a ›litmus test‹ of democratic values. By contrast, russian conceptions of ›russkii mir‹ include discourses against gender equality and LGBT rights. This war is also framed, experienced, and fought as a ›civilizational choice‹ between ›Western‹ values of democracy, equal rights, and freedom of speech and the idea of so-called ›traditional values‹ that the russian government has been promoting, grounded in ›patriotism, spirituality, rootedness in history, respect for authority, and adherence to heteronormative and patriarchal ideals of family and gender‹ (Edenborg 2022).

Since the beginning of the full-scale invasion and Ukraine's considerable need to defend its integrity, the question of gender equality in the Armed Forces of Ukraine and public opinion about it has become even more important. The support of women's integration in the military could mean that

society (especially after nine years of war in Ukraine) got used to the fact that Ukrainian women who want to defend their country have the right and possibility to do it.

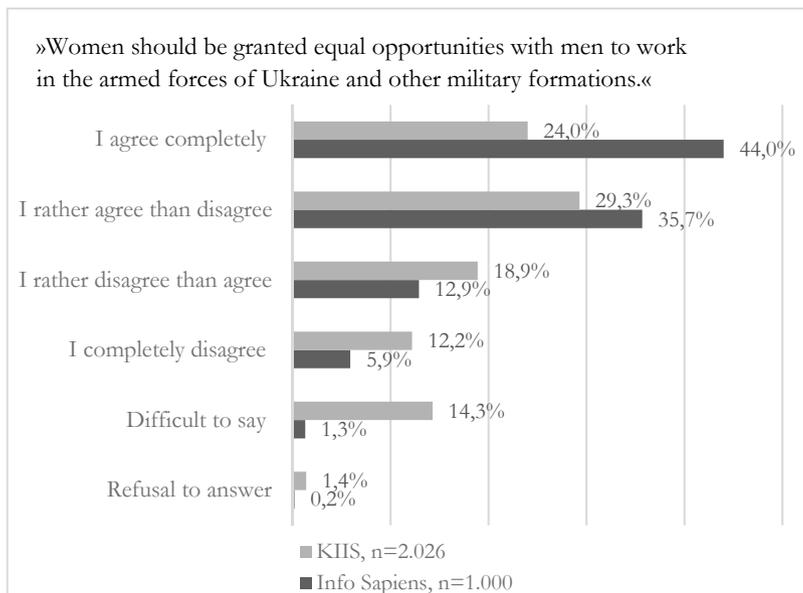
The topic of women's access to the armed forces has gained prominence on the current political agenda since the 2014 war in Donbas. The sociological research titled »Invisible Battalion: Women's participation in ATO military operations« was conducted during the summer and autumn of 2015. The research found that the Armed Forces of Ukraine, like the general job market, exhibit vertical and horizontal gender segregation. Two subsequent studies focused on the status of female veterans (2018–2019), and the issue of sexual harassment in the military (2021). Thus, the *Invisible Battalion* has evolved into a comprehensive advocacy campaign that investigates and documents women's participation in the war.

The first survey was conducted by *Kyiv International Institute of Sociology* (KIIS) from September 8 to 23, 2018, for our research project titled »Invisible Battalion 2.0: women veterans returning to peaceful life«. The survey was conducted in 109 localities across all oblasts of Ukraine, excluding the Autonomous Republic of Crimea, as well as the Donetsk and Luhansk oblasts. A total of 2,026 questionnaires were collected during the field stage, including 915 from men and 1,111 from women.

The second poll was conducted by the research agency *Info Sapiens* from April 10 to 14, 2022. The data was collected through telephone interviews (CATI). The sample consisted of 1,000 respondents, including 454 men and 546 women.

In general, the results of the representative public opinion surveys conducted in 2018 and 2022 indicate that Ukrainian society supports the idea of equal rights and opportunities in the armed forces of Ukraine. After Russia's full-scale invasion, Ukrainians show even greater support for gender equality in the military sphere compared to a few years ago (see figure 1). In particular, younger people, students, mainly Ukrainian-speaking people, and respondents from Central and Western Ukraine showed strong support for equal opportunities in the 2022 poll.

Figure 1: Opinions on gender equality in the Armed Forces of Ukraine



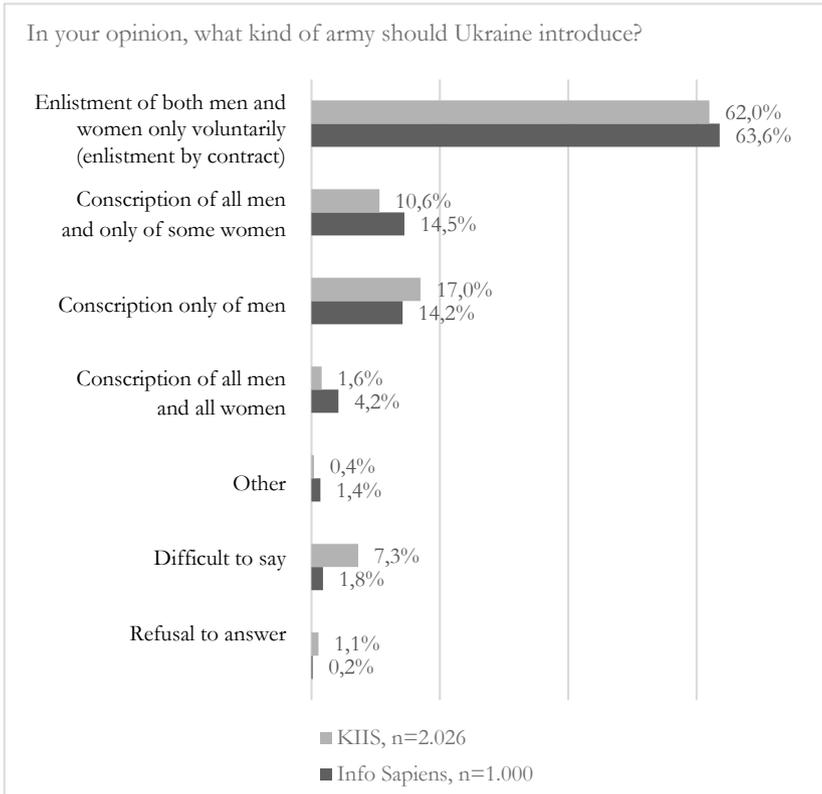
Source: *Invisible Battalion 5.0* (2023).

The questions on equal opportunities can be seen as reflecting a society that becomes more aware of the relevance of its values and independence in a situation of increasing threat. The Euromaidan protests in 2013 and 2014 and the war in Donbas in 2014 inspired women in Ukraine to actively fight for their rights, particularly in the military sphere (Martsenyuk, Troian 2018). Women became more visible in the armed forces of Ukraine and in the frontline of Russia's war against Ukraine (Martsenyuk, Grytsenko, Kvit 2016). The percentage of women in the armed forces of Ukraine has increased to 22% in 2022. Some women managed to obtain the military status of general (Invisible Battalion 5.0 2023).

Furthermore, according to the 9th CEDAW periodic report submitted by Ukraine in 2021, Ukraine's security and defense sector has undergone significant systemic changes in terms of gender equality in the armed forces. Inter alia, granting women access to military occupations (including combat positions), recognition of female veterans, promotion of gender equality in military legislation, enhanced protection of women from gender-based violence, increased opportunities for girls and women to receive military education at all levels are recent political results that correspond to the public opinion.

In another question of both polls, the preferred structure of the armed forces does also reflect the relevance the Ukrainian society attributes to equal opportunities. The question pertains to the type of army that Ukraine should adopt and shows a strong support for voluntary enlistment of both men and women (see Figure 2).

Figure 2: Structure of the Armed Forces of Ukraine



Source: *Invisible Battalion 5.0* (2023).

Currently in Ukraine, according to Article 6 of the Law of Ukraine »On Ensuring Equal Rights and Opportunities of Women and Men«, compulsory military service for men is not considered sex-based discrimination (Verkhovna Rada of Ukraine, 2005). Simultaneously, in 2018, the law on equal rights for women and men while serving in the Armed Forces of Ukraine

and other military formations was enacted, granting equal opportunities for women and men to contract for military service.

From polls like these, we may conclude that Ukrainian society has not only become accustomed to the presence and positive image of military women. Furthermore, russia's full-scale invasion of Ukraine and the need to mobilize more individuals for armed resistance have encouraged society to perceive women as (potential) soldiers. As Ukrainian women have always been active participants in the fight for Ukrainian independence and recognition this tradition of resistance continues even today. According to an all-Ukrainian nationally representative poll conducted by *Info Sapiens* in February 2023, 61% of women expressed their readiness to personally participate in the armed resistance to end the russian occupation of Ukraine (Volosevych 2023: 8).

Russia, in contrast, develops an absolutely different perception of gender relations. As Jennifer G. Mathers, a scholar of russian politics and gender issues, notices:

»Putin's idea of a strong state requires an alpha male leader because the state itself is highly gendered. The most important, most powerful and most generously funded institutions of the state are those that are most closely associated with masculinity and the same sort of tough and ruthless behavior that Putin celebrates – most notably the armed forces and the other security services.« (Mathers 2023)

Consequently, Ukraine's desire to finally get out of the »russian world's« reach does correspond to a very different image of armed forces that includes a strong aspect of gender equality.

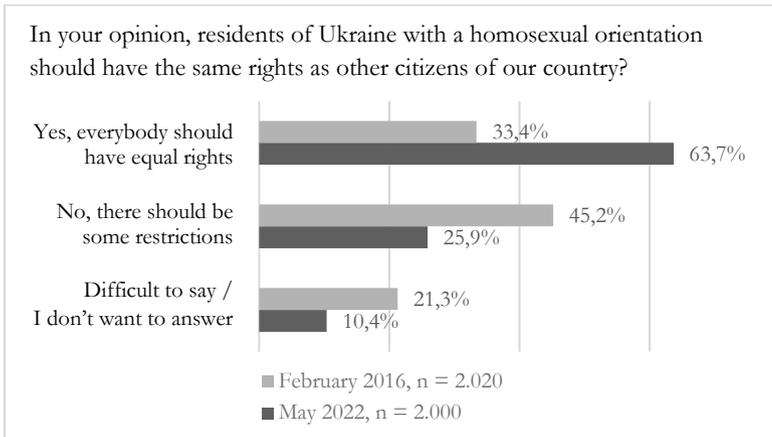
Public opinion on human rights for LGBT people in Ukraine

Respect of diversity, particularly based on sexual orientation and gender identity (SOGI), is considered a core value of the European community. Even though Ukraine was the first Post-Soviet country to decriminalize homosexuality in December 1991, homophobia remained a challenge for Ukrainian society (Martsenyuk 2016b). LGBT individuals actively participated in the Euromaidan protests of 2013 and 2014 and the Donbas war since 2014. In 2018, the Union of LGBT Military, Veterans and Volunteers was established by Viktor Pylypenko, an openly gay veteran of the Donbas Volunteer Battalion. The organization's statement asserts that they are »currently gaining strength, taking an active part not only in defending Ukraine from the

russian invasion on the frontline, but also defending democracy and equality for all citizens of Ukraine.«² Since the 1990s, LGBT organizations in Ukraine have advocated for their rights and visibility. Therefore, it is useful to examine the public opinion of Ukrainian society on this particular topic.

For many years, the LGBT Center *Nash Svit* (Our World), in cooperation with sociological agencies, has been monitoring public opinion in Ukrainian society regarding LGBT people. As a comparison of polls from 2016 and 2022 show (see figure 3), »Ukrainians have demonstrated a global trend toward increasing acceptance of their LGBT fellow citizens.« (Nash Svit 2022)

Figure 3: Right situation for LGBT



Source: *Nash Svit* (2022).

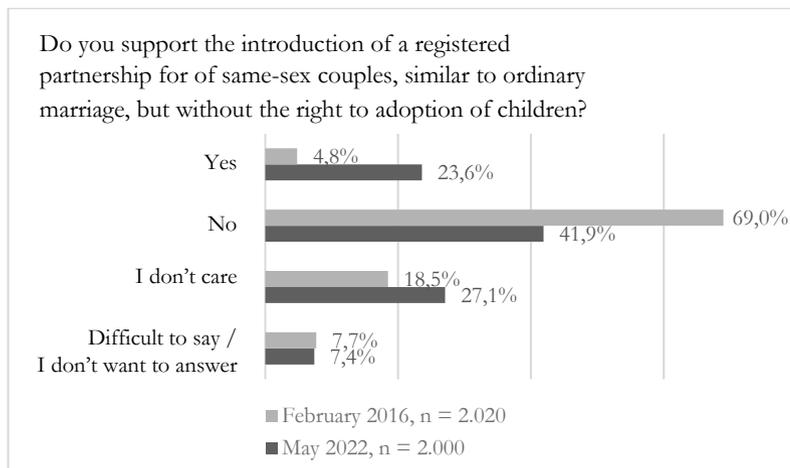
While in 2016 nearly half of Ukrainians (45%) believed that certain restrictions should be placed on the rights of individuals with homosexual orientation and only 33% of Ukrainians were in favour of equal rights the 2022 results demonstrated a visible shift towards a more gay-friendly attitude. The percentage of respondents supporting the idea that residents of Ukraine with a homosexual orientation should have the same rights as other citizens of our country increased to 64% compared to 6 years ago. Regarding the participation of LGBT people in the defense of Ukraine from russian aggression, 66% of respondents expressed a positive attitude towards it.

² <https://lgbtmilitary.org.ua/eng>. Last accessed on August 25, 2023.

The question regarding support for the introduction of registered partnerships for same-sex couples is of great importance to the LGBT community of Ukraine. As shown in Figure 4, in 2016, only 5% of Ukrainians supported the introduction of registered partnerships for same-sex couples.

In May 2022, the situation with public opinion improved when the percentage of supporters for the introduction of registered partnerships for same-sex couples increased fivefold to around 24%.

Figure 4: Opinion towards same-sex marriage in Ukraine



Source: Nash Svit (2022).

Conclusion

In the recent ›civilizational battle‹ between ›russky mix‹ that promotes patriarchal gender norms and the criminalization of ›gay propaganda‹ and European values that support diversity and equal rights, the latter is prevailing. There is good reason to hope that the recent successes in implementing policies of equal rights and opportunities in Ukraine will continue and prove beneficial for the ongoing Eurointegration process. Indeed, the emphasis on democratic values and a ›European‹ present and future for Ukraine appears to have contributed to more favorable and accepting attitudes towards LGBT communities and increased respect for diversity in general.

»While Russia's emphasis on the masculine character of its armed forces and the marked absence of women soldiers are important demonstrations of Moscow's commitment to a traditional social order, the presence of growing numbers of women in Ukraine's military demonstrates Kyiv's commitment to a very different type of state and society.« (Mathers 2023)

Thus, it is important to change the perception of studying Ukrainian and Russian societies under the common post-Soviet umbrella. As the data the last few years demonstrate, these societies are taking different ways. Moreover, the empirical data collected in Ukraine in recent years, particularly on gender equality and diversity, provides an opportunity to rethink the Western concepts of gender and nation building as well as gender and war. For Ukrainian women and men, their national identity is important, as they have been fighting for their independence for centuries. At the same time, people with strong national identity are supporting ideas of gender equality and rights for LGBT people.

Women's emancipation, the emergence of the group of LGBT soldiers and veterans, and EU integration processes that happened in Ukraine for last years, created spaces and opportunities for alternative femininities and masculinities that should be studied and discussed in the Sociology of Gender.

In Western sociological theories on gender, nationalism and war, those issues are difficult to reconcile. However, the case of Ukraine in the last nine years of war could contribute to the European debates on democratisation and the implementation of gender equality, which does not always have to be incremental or step-by-step. Definitely, more time is needed to develop more theories that better explain the sociological data collected during times of war.

References

- CEDAW 1979: UN Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination Against Women. http://zakon4.rada.gov.ua/laws/show/995_207. Last accessed on July 10, 2023.
- Channell-Justice, Emily / Khromeychuk, Olesya / Martsenyuk, Tamara / Zycho-wicz, Jessica 2021: Ukraine (finally) Treats Women's Activism Seriously, *The Ukrainian Quarterly*, vol. 77, no. 2, 47–54.
- Council of Europe 2022: Ukraine ratifies the Istanbul Convention. 18 July 2022. <https://www.coe.int/en/web/istanbul-convention/-/ukraine-ratifies-the-istanbul-convention>. Last accessed on June 20, 2023.

- Edenborg, Emil 2022: Putin's Anti-Gay War on Ukraine, *Boston Review*, March 14, 2022. <https://www.bostonreview.net/articles/putins-anti-gay-war-on-ukraine>. Last accessed on June 20, 2023.
- European Commission 2020: A Union of Equality: Gender Equality Strategy 2020–2025. COM(2020) 152 final. Brussels.
- Invisible Battalion 5.0 2023: Monitoring of recommendations and research results from the series »Invisible Battalion«. <https://nako.org.ua/research/mizdisciplinarnie-doslidzennya-nb-50> (in Ukrainian). Last accessed on August 25, 2023.
- KIIS 2022: Spryniniattia LGBT liudei ta ikh prav v Ukraini: Traven' 2022 roky [Attitudes towards LGBT people and their rights in Ukraine: May 2022], Kyiv International Institute of Sociology. <https://www.kiis.com.ua/>. Last accessed on August 15, 2023.
- Martsenyuk, Tamara 2016a: Gender Equality Situation in Ukraine: Challenges and Opportunities, Gender Equality Policies and EU Integration – the experience of Visegrad for EaP Countries. https://ekmair.ukma.edu.ua/handle/12345_6789/9364. Last accessed on August 25, 2023.
- Martsenyuk, Tamara 2016b: Sexuality and Revolution in Post-Soviet Ukraine: LGBT Rights and the Euromaidan Protests of 2013–2014. *Journal of Soviet and Post-Soviet Politics and Society*, vol. 2, no. 1, 49–74.
- Martsenyuk, Tamara / Grytsenko, Ganna / Kvit, Anna 2016: The »Invisible Battalion«: Women in ATO Military Operations. *Kyiv-Mohyla Law and Politics Journal*, no. 2, 171–187.
- Martsenyuk, Tamara / Troian, Iryna 2018: Gender Role Scenarios of Women's Participation in Euromaidan Protests in Ukraine. In Erica Resende / Dovile Budrytė / Didem Buhari-Gulmez (eds.), *Crisis and Change in Post-Cold War Global Politics: Ukraine in a Comparative Perspective*. Cham: Palgrave Macmillan: 129–153.
- Mathers, Jennifer G. 2023: Ukraine Recruits Women Soldiers. Why Doesn't Russia? *New Lines Magazine*. June 13, 23. <https://newlinesmag.com/argument/ukraine-recruits-women-soldiers-why-doesnt-russia>. Last accessed on July 29, 2023.
- Nash Svit 2022: Ukrainians have dramatically improved their attitudes towards LGBT people. <https://gay.org.ua/en/blog/2022/06/01/ukrainians-have-dramatically-improved-their-attitude-towards-lgbt-people/>. Last accessed on August 15, 2023.
- President of Ukraine 2020: Ukraine has become a full member of the Biarritz Partnership. President of Ukraine Official Website News, 12 September 2020. <https://www.president.gov.ua/en/news/ukrayina-stala-povnopravnoyu-uchasniceyu-partnerstva-biarric-63521>. Last accessed on August 24, 2023.
- Ukraine CEDAW 2021: 9th periodic report submitted by Ukraine under article 18 of the Convention. <https://digitallibrary.un.org/record/3958884>. Last accessed on August 15, 2023.
- UNSC 2000: Security Council Resolution on women and peace and security. S/RES/1325. United Nations Security Council. <https://peacemaker.un.org/no-de/105>. Last accessed on August 24, 2023.

- Verkhovna Rada of Ukraine 1996: Constitution of Ukraine dated June 28, 1996. <https://www.refworld.org/pdfid/44a280124.pdf>. Last accessed on August 15, 2023.
- Verkhovna Rada of Ukraine 2005: On Ensuring Equal Rights and Opportunities for Women and Men. Law of Ukraine No. 2866-IV dated September 8, 2005. <http://zakon.rada.gov.ua/laws/show/2866-15>. Last accessed on June 10, 2023.
- Volosevych, Inna 2023: Changes in Ukrainian society during the year of full-scale war, Info Sapiens, February 23, 2023. <https://www.sapiens.com.ua/ua/publication-single-page?id=259> (in Ukrainian). Last accessed on August 15, 2023

Freischwebende Fiktionen und willkürliche Feinde in Putins Russland

Anhaltspunkte für eine politische Soziologie des modernen Totalitarismus

Evelyn Moser

Einleitung

Am 2. Mai 2023 verabschiedete die *Verchovna Rada*, das ukrainische Parlament, die Resolution »Über die Verwendung der Ideologie des Raschismus durch das politische Regime der Russischen Föderation und die Verurteilung der Prinzipien und Praktiken des Raschismus als totalitär und menschenfeindlich«. Die russische Invasion, so heißt es in der Erklärung, habe

»der Welt das wahre Wesen des politischen Regimes von Wladimir Putin als eine neo-imperiale, totalitäre Diktatur vor Augen geführt, die die schlimmsten Praktiken der Vergangenheit nachahmt und die Ideen des Faschismus und des Nationalsozialismus in einer modernen Version des russischen Faschismus (Raschismus) verkörpert.«¹

An die Resolution knüpft sich die Aufforderung an die internationale Gemeinschaft, die russische Staats- und Militärführung für jene Verbrechen zur Rechenschaft zu ziehen, die im Namen des Raschismus gegen die Ukraine und ihre Bevölkerung begangen wurden.

Damit erhält der Neologismus *Raschismus*, dessen Verwendung seit Beginn des russischen Angriffs auf die Ukraine an Popularität gewonnen hat, einen quasi-formalen Status. Betont wird der völkerrechtliche Imperativ, der

¹ <https://www.svoboda.org/a/verhovnaya-rada-obyavila-rashizm-gosudarstvennoy-ideologye-rossii/32389491.html>. Letzter Aufruf am 15. Mai 2023, Übersetzung E.M.

explizit Dritte (mit-)adressiert. Zugleich bietet die Erklärung einen instruktiven Anhaltspunkt, um über die gegenwärtige Gesellschaftsordnung in Russland nachzudenken, zumal der in der Resolution bekräftigte totalitäre Charakter des russischen Herrschaftsregimes zwar politisch nachvollziehbar ist, aus analytischer Sicht jedoch nicht unmittelbar einleuchtet.

Im Vergleich mit den Totalitarismen des 20. Jahrhunderts – speziell dem Stalinismus und Nationalsozialismus – überwiegen auf den ersten Blick die Unterschiede: Den Kern dieser Regime bildeten, wie Hannah Arendt (2013) eindrücklich rekonstruiert hat, eine Ideologie zur Schaffung einer neuen Gesellschaftsform und ein daraus abgeleiteter totaler Herrschaftsanspruch, der die Menschen als Ganzes und alle Gesellschaftsbereiche umfasste. Tatsächlich sorgten Einheitspartei, Massenorganisationen und Gewaltinstitutionen für die weitgehende Homogenisierung der Gesellschaft und die Atomisierung ihrer Mitglieder. Das Private wurde marginalisiert und sobald Einzelne den winzigen Restbereich des Eigenen verließen, befanden sie sich in einer staatlich durchdrungenen Öffentlichkeit. Dort waren sie Teil einer ideologischen Inszenierung, in der die eigene Position und die der anderen ausschließlich vermittelt über den Staat und die offizielle Ordnung wahrnehmbar waren. Umfassende, strikt hierarchisch organisierte Strukturen untergruben die Autonomie gesellschaftlicher Teilbereiche und imitierten funktionale Differenzierung unter staatlicher Kontrolle. In Putins Russland, und das sind die offensichtlichen Unterschiede, hingegen tritt weder die Staatsführung mit ideologisch begründeten Zukunftsprojektionen an, auf die hin die Gesellschaft zugerichtet wird, noch gibt es institutionalisierte Formen der Massenmobilisierung und -kontrolle. Staatliche Repression findet statt, scheint sich aber vorrangig auf besonders sichtbare Vertreter der Opposition und unbequeme Organisationen zu konzentrieren.

Trotz – oder gerade aufgrund – dieser offensichtlichen Differenzen steht das gegenwärtige Russland für eine moderne Form des Totalitarismus. Dessen Entstehung hat im Kontext der jüngsten Aggression gegen die Ukraine massiv an Dynamik gewonnen, tatsächlich aber deutlich vorher begonnen – spätestens seit der gewaltsamen Niederschlagung der Massenproteste gegen Wahlfälschung im Winter 2011/2012. Ähnlich seinen historischen Vorgängern vollzieht sich auch der Totalitarismus unter dem »kollektiven Putin« als gesellschaftliche Gleichschaltung durch die Staatsführung. Nur geschieht dies vermeintlich weitgehend gewaltlos, so dass die totalitäre Dimension vielen Bürgern Russlands – möglicherweise der Mehrheit – selbst kaum bewusst ist. Auch im gegenwärtigen Russland emergiert eine Konstellation, in

der sich die Staatsführung von der real existierenden Gesellschaft entbindet und nicht mehr darauf angewiesen ist, zwecks Machterhalt zumindest vordergründig gesellschaftliche Interessen und Pluralismus zu berücksichtigen.² In Teilen lässt sich all das mittels eines Fokus auf das politische System respektive auf antidemokratische Charakteristika im engeren Sinne³ erfassen. Doch die gesellschaftliche Dimension totalitärer Herrschaft verlangt förmlich nach einem soziologischen Zugriff und einem gesellschaftstheoretischen Instrumentarium, um relevante Strukturen und Dynamiken zu verstehen und funktionale Äquivalente des klassischen totalitären Instrumentariums zu ermitteln. Der folgende Beitrag möchte hierfür vier Anhaltspunkte skizzieren.

Staatliche Wahrheit und falsche Opposition

Putins Totalitarismus beruht wesentlich auf einer Herrschaftstechnologie, die in sowjetischer Tradition Tatsachenwahrheiten (Arendt 2016: 338 ff.) in Lügen verwandelt und daraus eine fiktive Welt erstellt, in der sich jede erdenkliche politische Entscheidung begründen und legitimieren lässt.⁴ Im Zentrum steht die staatliche Deutungshoheit über die sogenannte historische Wahrheit, die seit der im Jahr 2020 per Volksentscheid beschlossenen Verfassungsreform konstitutionell verankert ist. Die Russländische Föderation, so heißt es in Artikel 67, gewährleistet den Schutz der historischen Wahrheit. Derselbe Artikel erklärt die »Schmälerung der Bedeutung der Heldentaten bei der Verteidigung des Vaterlandes« für unzulässig und fixiert die Pflicht zur patriotischen Erziehung russischer Kinder.⁵ Anschauungsmaterialien für die Fiktionsgenese bieten Putins berühmt gewordener Text »Über die historische Einheit der Russen und Ukrainer«,⁶ seine Rede an die Nation

2 Vgl. zu diesem Totalitarismus-Verständnis Frankenberg (2020: 74).

3 Wahlfälschung, Unterdrückung von politischem Wettbewerb, fehlende Gewaltenteilung und anderes.

4 Zur Fiktion als Herrschaftstechnologie in Russland vgl. Schor-Tschudnowskaja, Benetka (2021: 37 ff.).

5 Deutsche Übersetzung des Verfassungstextes: <https://www.ostrecht.de/wp-content/uploads/2021/06/Verfassung-RF-Publikation.pdf>. Letzter Aufruf am 1. Juni 2023.

6 Veröffentlicht am 12. Juli 2021 auf der Internetseite des Kreml: <http://kremlin.ru/events/president/news/66181>. Letzter Zugriff am 1. Juni 2023. Für die deutsche Übersetzung vgl. Putin (2021).

vom 22. Februar 2022⁷ sowie fast jede öffentlich verfügbare Rede von Putin und anderen hochrangigen Politikern seit Beginn 2022. Hinzu kommen massive staatliche Eingriffe in den Geschichtsunterricht an russischen Schulen seit 2006 (vgl. zum Beispiel Talanova 2022). Ausgeschmückt und verbreitet werden die Lügen über die Staatsmedien, vor allem das Fernsehen, und mittels sorgfältig orchestrierter »Technologien der Seele« (Schmid 2015).

Wer der staatlich definierten Wahrheit widerspricht, wird hart bestraft. Das hierfür wichtigste Rechtsinstrument sind die Gesetze gegen die Verbreitung von sogenannten Fake News, die seit 2019 existieren, seither drastisch expandieren und Informationsräume sukzessive abriegeln: Wurde zunächst die Verbreitung von Informationen, die von den Behörden als »unzuverlässig« eingestuft wurden, noch vergleichsweise milde mit Bußgeldzahlungen und dem Sperren von Websites sanktioniert, drohten nach der ersten Verschärfung 2020 im Kontext der Coronapandemie bereits strafrechtliche Konsequenzen bis hin zu fünf Jahre Lagerhaft. Laut der jüngsten Version von 2022⁸ werden für die Verbreitung von Falschmeldungen über die Armee sogar bis zu 15 Jahre Lagerhaft verhängt. Zu beachten ist, dass es bei dieser Form der Sanktionierung von Widerspruch nicht um die Richtigstellung konkreter Inhalte geht. Das Ziel ist vielmehr die Abschaffung des Widerspruchs an sich. Allein der Staatsführung obliegt die Kompetenz zur Wirklichkeitskonstruktion – die Regierung ist unfehlbar und jegliche Opposition dagegen ist schlichtweg falsch (Schor-Tschudnowskaja 2023).

Die staatlich instituierten Fiktionen selbst sind freischwebend. Im Gegensatz zum sowjetischen Regime entledigt sich die russische Staatsführung selbst den minimalen Kohärenzzumutungen einer Staatsideologie. Als einzige Beschränkung bleibt die Form der Fiktion, mithin die Stimmigkeit des Lügengebäudes.⁹ Patriotismus, ein Leitkonzept des Regimes, wird in dieser Welt zu einer beliebig befüllbaren Hülle; entscheidend ist allein die Folgsamkeit gegenüber der staatlich errichteten Fiktion – inklusive ihrer Selbstwidersprüchlichkeiten. Jedoch, so lässt sich bei Arendt (2016: 361) nachlesen, bewirkt prinzipielles Lügen der Staatsführung keinesfalls, dass die Lüge an die Stelle der Wahrheit tritt – und sich von dort gegebenenfalls wieder verdrän-

7 Vgl. <http://kremlin.ru/events/president/news/67828>. Letzter Aufruf am 3. August 2023. Für die deutsche Übersetzung vgl. Putin (2022).

8 Russisch: *закон о фейках*.

9 Zur Stimmigkeit totalitärer Propaganda vgl. Arendt (2013: 763).

gen ließe. Vielmehr verblasst die Unterscheidung von Wahrheit und Unwahrheit aus dem Bewusstsein der Menschen, sie löst sich auf in Demoralisierung und Gleichgültigkeit.¹⁰

Ausländische Agenten und erstickte Öffentlichkeiten

Ein Hauptaugenmerk der staatlichen Fiktionen gilt der Konstruktion einer permanenten Bedrohung, die sich vom »Westen« gegen Russland richtet. Die Verteidigung der nationalen Souveränität – neben Patriotismus ein zweites zentrales und ebenso beliebig interpretierbares Konzept des Regimes – wird folglich zur entscheidenden Voraussetzung für die Existenz Russlands und für die ungestörte kulturelle Entfaltung des russländischen Volkes in einer vermeintlich feindlichen Umwelt. Nach innen ergibt sich daraus die unablässige Suche nach und die Abwehr von ausländischer Einflussnahme, die diese Souveränität zu untergraben droht. Herausragende Figuren in diesem Bedrohungsszenario sind die sogenannten ausländischen Agenten, die als Handlanger äußerer Feinde zu identifizieren und unschädlich zu machen sind. Ebenso willkürlich wie die Staatsführung Wahrheit definiert, legt sie fest, was nach welchen Kriterien als ausländische Einflussnahme zu qualifizieren ist. Die Gleichung *oppositionell = falsch* wird um eine zweite Gleichung ergänzt: *ausländisch = schädlich*.

Die zugehörigen »Agentengesetze« gibt es seit 2012 und so wie die Sanktionierung von sogenannten Fake News ausgeweitet wurde, beschleunigte sich die Jagd nach Agenten kontinuierlich und erfuhr seit dem Beginn der Vollinvasion eine drastische Intensivierung: Vorgeblich verhindert werden sollen aus dem Ausland finanzierte politische Aktivitäten. Definiert wurde und wird dieser Sachverhalt jedoch gleichermaßen umfassend wie ungreifbar und trifft letztlich auf jede Form öffentlichen Handelns zu. Die Betroffenen werden in ein öffentlich einsehbares Register des Innenministeriums eingetragen, verschärfter behördlicher Kontrolle unterworfen und müssen sich bei allen öffentlichen Tätigkeiten als »ausländische Agenten« zu erkennen geben. Der Anwendungsbereich der Agentengesetze ist seit dem ersten Inkrafttreten im November 2012 beständig gewachsen. Betraf die erste Version allein zivilgesellschaftliche Organisationen, wurde es bald auf Medienorganisationen und Journalisten ausgeweitet und schließt seit Ende 2020 potenziell jedes Individuum ein. Den aktuellen Höhepunkt dieser Dynamik

10 Zu Russland: Gudkov (2017a: 239); Schor-Tschudnowskaja, Benetka (2021: 53 f.).

bildet das Gesetz »Zur Überwachung der Tätigkeiten von Personen unter ausländischem Einfluss«, auf dessen Grundlage sich ausländischer Einfluss vollends willkürlich feststellen lässt. Entsprechend beschuldigte Organisationen und vor allem Individuen sind vom Zugang zu staatlichen Mitteln ausgeschlossen und jede Form von öffentlichem Handeln ist ihnen praktisch gesellschaftsweit untersagt – in der Politik, in Bildung, Wissenschaft und Kunst sowie in der Wirtschaft.¹¹ Die nächsten Erweiterungen stehen bereits im Raum, darunter das Verbot für ausländische Agenten, in Russland Geld zu verdienen, oder die Option, den Agentenstatus auch für den Verstoß gegen sogenannte traditionelle Werte zu verhängen. Die Wirkung der Agentengesetze ergab sich von Beginn an maßgeblich aus der scheinbar unsystematischen und selektiven Umsetzung. Im Effekt konstituieren die Gesetze ein »legales Minenfeld«, auf dem einzelne Maßnahmen jederzeit gegen Organisationen oder Individuen aktiviert werden können (Bækken 2019: 156; auch Ochotin 2015; Moser, Skripchenko 2018).

All dies macht sie zu einem Repressionsinstrument, das sich gegen das Politische selbst richtet: Öffentliches, kollektives Handeln und die Auseinandersetzung unterschiedlicher Perspektiven und Meinungen im Hinblick auf die Gestaltung des Gemeinsamen werden unterdrückt.¹² Im Unterschied zum sowjetischen Regime, in dem Öffentlichkeit und Pluralität durch die staatliche Durchdringung der Gesellschaft und eine umfassende, monolithische Ideologie pauschal verhindert wurden, erfolgt Entpolitisierung nun jedoch flexibel und adaptiv. Pluralität wird selektiv eingehengt und der Raum des Politischen so begrenzt und präpariert, dass all jenen, die die vom Regime konstruierte Wirklichkeit (potentiell) mit ihren Forderungen und/oder Werten in Frage stellen, von vornherein die Möglichkeit genommen wird, dort legitim und glaubwürdig in Erscheinung zu treten. Agenten werden unschädlich gemacht, indem man sie ins Private verdrängt.

Dabei richten sich die Agentengesetze nicht mehr allein auf die politische Peripherie, das heißt gegen zivilgesellschaftliche und (im engeren Sinne) oppositionelle Akteure. Sukzessive greifen sie auch in Gesellschaftsbereiche wie Massenmedien, Bildung, Wissenschaft oder Kunst aus. Diese bleiben zwar als gesellschaftliche Sphären oberflächlich intakt, operieren nun aber in amputierter Form: Die systemspezifischen Öffentlichkeiten werden zerstückelt und potentiell regimegefährdende Reflexionsprozesse, Selbstthematik

11 <http://duma.gov.ru/news/55879/>. Letzter Aufruf am 1. Juni 2023.

12 Zu diesem Verständnis des Politischen vgl. Arendt (1993).

sierungen und öffentliche Perspektivenvielfalt werden erstickt. Die Soziologin Elena Zdravomyslova beschreibt dies in einem Blogbeitrag (2023) mit drastischen Worten für ihre Disziplin: Die an russischen Instituten verbliebenen Wissenschaftler*innen sind – sofern sie den Krieg nicht unterstützen – in einem Klima der Angst darauf bedacht, toxische Themen zu umschiffen und Öffentlichkeit zu meiden. Sie klammern sich an politisch unverfängliche pädagogische Prinzipien, suchen nach Nischen der Wissenschaftsfreiheit und akademischen Neutralität und finden Zuflucht im sprichwörtlichen Elfenbeinturm.

Kollektive Loyalität, individuelle Alltagswirklichkeit und Politik der Demobilisierung

Ein totalitäres Herrschaftsregime, das auf eine Gleichschaltung der Gesellschaft zielt, erschließt sich allerdings nicht allein über die Architektur repressiver Maßnahmen. In den Blick zu nehmen ist auch der gesellschaftliche Kontext, in dem diese Maßnahmen wirken. Einen einzigartigen Schlüssel zum Verständnis dieser Wirkungsweisen bietet das Werk des russischen Soziologen Lev Gudkov, dem Direktor von Russlands einzigem unabhängigen Meinungsforschungsinstitut Levada-Zentrum, das 2016 von den Behörden als »ausländischer Agent« registriert wurde¹³ (vgl. Sapper, Weichsel 2017). Ein wichtiger Teil seiner Forschung schließt an die Arbeiten des russischen Soziologen Juri Levada an, der Ende der 1980er Jahre mit seinem Konzept des Sowjetmenschen jenen Menschentypus analysierte, der aus der Praxis totalitärer Herrschaft entsteht und auf den sich das totalitäre System zugleich stützt (Gudkov 2017b: 9 ff.). Die gesellschaftlichen Anpassungsmodi an einen repressiven Staat, die sich im sowjetischen Kontext entwickelt haben, so ein Argument Gudkovs, prägen die russische Gesellschaft bis in die Gegenwart. Vor allem die institutionelle Kontinuität des Bildungssystems sowie der Gewaltinstitutionen Armee, Geheimdienst und Polizei sorgen dabei für eine reproduktive Kontinuität, denn im Transformationsprozess der 1990er

13 Der Status als »ausländischer Agent« schränkt die Arbeit des Instituts zwar massiv ein, lässt sie aber grundsätzlich zu, solange die Behörden keinen Verstoß gegen die entsprechenden gesetzlichen Auflagen feststellen. Letzteres traf die Menschenrechtsorganisation Memorial, die im Dezember 2021 wegen vermeintlicher Verstöße gegen das Agentengesetz verboten wurde. Auch wenn das Levada-Zentrum noch nicht unter einem ähnlichen Vorwand geschlossen wurde, ist die Lage des Instituts und seiner Mitglieder hochgradig prekär.

Jahre und seither haben sie sich zwar angepasst, aber nicht reformiert (Gudkov 2017b: 32 f.; 2017c).

Ein wesentlicher Ausdruck dieser Prägung ist die Entkopplung der Sphären des Kollektiven und des Eigenen, die mit einer tiefen Spaltung von Normen, Verhaltensweisen und Erwartungsstrukturen einhergeht.¹⁴ Die Sphäre des Kollektiven ist dabei der Raum öffentlicher Demonstration von Regimeloyalität, der Sakralisierung des Präsidenten und der Stilisierung Putins als fürsorgliche Vaterfigur. Die nationale Identität als Großmacht (*velikaja derzhava*), die Putin durch weltpolitisches Agieren wiederhergestellt hat, wird hier über kollektive, patriotische Rituale zur Schau gestellt und dient der Selbstrepräsentation nach innen und außen. Zugleich, auch dies betont Gudkov, liegt gerade hier mangels Alternativen eine wichtige Quelle von Selbstwertgefühl: Die unmittelbare Vergangenheit ist geprägt von den kollektiven Demütigungs- und Degradierungserfahrungen der 1990er Jahre; Zukunftsprojektionen hält weder die politische Führung bereit, noch kann sie die Gesellschaft aus sich heraus entwickeln.

So relevant die kollektive Sphäre für den Einzelnen ist, so gering sind ihre Berührungspunkte mit der individuellen Alltagswirklichkeit. Politik wird ausschließlich massenmedial konsumiert. Sie gilt als Spektakel, das sich vor allem im (Staats-)Fernsehen abspielt, welches für die große Mehrheit der Bevölkerung nach wie vor die primäre Informationsquelle darstellt. Für die Alltagswirklichkeit und individuellen Lebensbedingungen ist dieses Spektakel weitgehend bedeutungslos. Der einzelne Bürger, die einzelne Bürgerin schreibt sich selbst keinerlei Einflussmöglichkeiten zu – von ihm oder ihr hängt schlichtweg nichts ab. Und mehr noch: Die oft mühevollte Sorge um das eigene Dasein gelingt umso besser, je weniger man dem Staat respektive der Macht (*vlast*) ins Gehege kommt. Für unvermeidbare Interaktionen mit staatlichen Institutionen werden kreative Strategien und spezielle Verhaltensweisen (vor allem: Korruption) entwickelt. Jenseits dessen ist die Sphäre des Eigenen mit ihren Codes und Normen sorgfältig von der Sphäre des Kollektiven getrennt. Dies bedeutet auch, dass hier durchaus individuelle Ansichten zum staatlichen Handeln und politischen Geschehen gehegt werden. Geäußert werden Kritik, Zynismus oder Gleichgültigkeit aber ausschließlich am eigenen Küchentisch. So bleiben sie außerhalb des Kollektiven und lassen öffentliche Loyalitätsbekundungen – »habituell gewordene demonstrative Heuchelei« (Gudkov 2017b: 19) in sowjetischer Tradition – unberührt. Als Widerspruch wird das nicht empfunden.

14 Vgl. im Folgenden vor allem Gudkov (2017b; 2017a).

Dieses Schisma zwischen Kollektivem und Eigenem zeigt sich auch beim Angriff auf die Ukraine:¹⁵ Beobachtet als Krieg der Staatsführung, stellt er sich der Bevölkerung vor allem als Fernsehereignis dar und die Beteiligung an öffentlichen Loyalitätsdemonstrationen schmeichelt durchaus dem nationalen Selbstwertgefühl. Ein Ende des Krieges mag dennoch von vielen gewünscht werden. Zweifel, Sorge oder Ablehnung werden jedoch erst dann öffentlich artikuliert, wenn das Kriegsgeschehen – wie im Fall der Mobilmachung – aus der massenmedialen Wirklichkeit heraus- in die eigene Lebenswelt hineintritt. Auch dann, so Gudkovs Diagnose, steht die eigene individuelle Betroffenheit deutlich vor der moralischen Verantwortung.

Die Staatsführung macht sich diese Spaltung zunutze: Nicht Mobilisierung, sondern Demobilisierung stabilisiert das Regime. Indem sich die Bürger vom Staat abkapseln, kann sich die Staatsmacht von der Gesellschaft abschotten (Gudkov 2017a: 239). Jene Formen des Protests, die in der Vergangenheit durchaus akzeptiert (wenn auch nicht begrüßt) wurden, fügen sich in dieses Bild: Proteste gegen die Kürzung von Sozialleistungen, gegen Mautgebühren oder gegen das staatliche Müllmanagement sind für die Regierung zwar ärgerlich und setzen die öffentliche Verwaltung unter Zugzwang. Als akkumulierte Unmutsbekundungen angesichts der Einschränkung individueller Interessen lassen sich die Protestursachen allerdings absorbieren, indem Zugeständnisse gewährt werden und die Verantwortlichkeit für die beanstandeten Missstände der Bürokratie zugewiesen wird.¹⁶ Überschreitet der Protest jedoch den Rahmen des Eigenen und zielt auf die Substanz des Regimes, wird er unmittelbar und oft gewaltsam zerschlagen.

Fehlende Fremdheit und »Enklaven der Moderne«

Noch eine weitere Beobachtung Gudkovs ist in diesem Zusammenhang relevant. Wie sich Alltagswirklichkeiten in Russland darstellen und in welchem Horizont Problemlösungen gesucht werden, variiert gewaltig. Diese Variationen illustrieren auch die Analysen von Natal'ja Zubarevič (2012), die drei räumlich getrennte Parallelwelten Russlands beobachtet, oder die Netzwerkstudie von Richard Rose (2000), der ein Nebeneinander von modernem,

15 Siehe hierzu das Interview (auf russisch) des unabhängigen Online-Fernsehkkanals *Dožd* mit Lev Gudkov vom 6. Dezember 2022 unter <https://www.youtube.com/watch?v=5F90OQt6Ljk>. Letzter Aufruf am 1. Juni 2023.

16 Vgl. die Fallstudien in Greene (2014).

prämodernem und antimodernem Sozialkapital als zentrales Charakteristikum der russischen Gesellschaft diagnostiziert. Gudkov (2017d) verknüpft diese These mit empirischen Erhebungen zum Institutionenvertrauen und unterscheidet ebenfalls drei Sphären, die räumliche Schwerpunkte bilden, sich jedoch überlagern.

Die erste Sphäre ist vor allem in den großen Städten mit einer hohen Bevölkerungsdichte und einer Bevölkerung mit einem im nationalen Vergleich hohen Bildungsgrad verankert. Die urbane Sozialordnung ist dort geprägt von Pluralismus und Heterogenität und bringt einen modernen Persönlichkeitstyp hervor, der alltäglich mit Unbekanntem und Kontingenz umgeht und mit Anonymität rechnet (Gudkov 2017d: 41 f.). Die Gültigkeit von Normen und Verhaltensregeln hängt nicht von persönlichem Vertrauen gegenüber einem engen Kreis von Bekannten ab. Stattdessen, so lässt sich differenzierungstheoretisch paraphrasieren, dominiert generalisiertes Vertrauen (oder Systemvertrauen) in sachlich spezialisierte Funktionssysteme und deren Medien (Luhmann 2000: 60 ff.). In dieser Sphäre findet funktionale Differenzierung Halt und es existieren Öffentlichkeiten, in denen Menschen einander als Fremde begegnen können. Davon ausgenommen ist die staatliche Politik, von der man sich distanziert – nicht aber das Politische an sich: Im urbanen Raum entwickelten sich gegen alle Widerstände zahlreiche lokale Initiativen zur Bearbeitung kollektiver Probleme¹⁷ oder zur gemeinschaftlichen Gestaltung öffentlicher Räume¹⁸ und konnten dort in begrenztem Umfang gedeihen (vgl. zum Beispiel Zhelnina 2021), bevor sich die repressiven Maßnahmen seit Februar 2022 verschärften.¹⁹

Umgeben sind diese Enklaven von zwei Sphären – Gudkov bezeichnet sie als prä- und antimodern –, in denen funktionale Differenzierung mit anderen Differenzierungsstrukturen konkurriert und oftmals von ihnen verdrängt wird (Gudkov 2017d: 43 ff.): Vor allem in ländlichen Räumen ist die prämoderne soziale Ordnung geprägt von persönlichem Vertrauen, das auf unterschiedlichen Formen von Nähe (familiär, räumlich, ethnisch) basiert und gegenüber dem fremden, unbekanntem Außen scharf abgegrenzt ist. Die daraus entstehenden Rollenstrukturen prägen die Alltagswirklichkeit der Menschen und bilden den Horizont, in dem Problemlösungen gefunden werden (müssen). Hinzu kommt der begrenzte Zugang zu Informationen

17 Zum Beispiel Müllentsorgung, Mobilität.

18 Zum Beispiel Spielplätze, Ausstellungsräume, nachbarschaftliche Begegnungsorte.

19 Zahlreiche solcher Initiativen hat das Moskauer Büro der Heinrich-Böll-Stiftung in einem umfangreichen Band dokumentiert (vgl. Heinrich-Böll-Stiftung 2017).

und Analyseinstrumenten über die gesellschaftlichen Kontexte jenseits des lokalen Umfelds. Kollektive Mythen, darunter die von der Staatsführung konstruierten Feindbilder, werden hier übernommen, ohne dass sie in der unmittelbaren Lebenswelt überprüfbar wären. Überlappend dazu, aber durchaus distinkt verhält sich eine anti-moderne Lebensweise, in der das Misstrauen gegenüber Unbekannten mit umso stärkerem Vertrauen in »die Unsrigen« kontrastiert und speziell der Glaube an den nationalen Führer ausgeprägt ist – unmittelbar gefolgt von Kirche, Armee und Geheimdiensten. Im prä- und antimodernen Russland entfaltet sich die Sakralisierung des Präsidenten und einer paternalistischen Staatsführung. Zugleich sind jene Öffentlichkeiten, auf die sich staatliche Repression vor allem richtet, nicht oder nur rudimentär vorhanden. Die repressive Bedrohung wird zwar diffus registriert (zum Beispiel mit Blick auf das Äußern von Kritik), die Verbindung zur eigenen Lebenswelt erscheint jedoch ebenso abstrakt wie die alltagspraktische Relevanz der Politik insgesamt. Jene urbanen »Enklaven der Moderne«, auf die der Staat umso selektiver mit direkter Repression zugreift, weil vor allem dort mit einem unkontrollierbaren Maß an Komplexität und Unbestimmtheit zu rechnen ist, wirken in mehrfacher Hinsicht fremd.

Fazit

Drei Gedanken möchte ich abschließend betonen: *Erstens* wurde deutlich, dass sich die unter Putin entstehende totalitäre Herrschaftsordnung die Vergangenheit zweifach zu eigen macht. Die Staatsführung instrumentalisiert die Geschichte zur Konstruktion »historischer Wahrheit« und macht sie damit zur wichtigsten Ressource für die Genese von Fiktionen, die ihr wiederum als Herrschaftsinstrument dienen. Zugleich bildet die tief verwurzelte Anpassung der Gesellschaft an den repressiven sowjetischen Staat einen zentralen Stabilitätsfaktor des Regimes und ermöglicht eine Politik der Demobilisierung.

Zweitens passen die Strategien und Schicksale von zwei der heftigsten Gegner des Regimes ins totalitäre Bild: Die 1989 gegründete Menschenrechtsorganisation Memorial bekämpfte erbittert die staatliche Geschichtsfiktionen mit Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit, eigener historischer Forschung und sozialer Unterstützung für Opfer staatlicher Repression. Memorial wurde im Dezember 2021 unter Verweis auf das Agentengesetz verboten. Der Aktivist

und Politiker Alexej Nawalny und seine Bewegung verfolgten mit ihren Projekten und Kampagnen eine Aufklärungs- und Ermächtigungsstrategie, die das Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürger Russlands für die eigene politische Wirksamkeit wecken und das Ausmaß und die Effekte politischer Korruption aufdecken wollte (vgl. Moser 2018). Nawalny befindet sich seit Januar 2021 in Lagerhaft. Seine Bewegung wurde zerschlagen.

Drittens lässt sich beobachten, wie sich die russische Gesellschaft sukzessive aus der Weltgesellschaft entkoppelt. Dies vollzieht sich nicht über eine umfassende, staatlich kontrollierte Gesellschaftsorganisation, sondern mittels der Konstruktion einer selbstreferentiellen, fiktiven Welt, die sich auf der Grundlage eingübter Erwartungsstrukturen, Normen und Verhaltensweisen stabilisiert und schließt.

Die Frage nach dem modernen Totalitarismus, das verdeutlichen diese Beobachtungen, ist (auch) eine soziologische Frage. Das Beispiel von Putins Russland zeigt, dass neben dem Blick auf das staatliche Institutionengefüge ein gesellschaftstheoretisches Instrumentarium unerlässlich ist, um totalitäre Konstellationen zu entschlüsseln und ihre Möglichkeitsbedingungen zu rekonstruieren. Folgt man darüber hinaus den Positionen Arendts (2013), Leforts (1990) oder Grevens (1999), die die Wesensverbindung von Totalitarismus und Demokratie als genuin moderne politische Ordnungsformen hervorheben, liegt darin zugleich ein wichtiger Beitrag zur soziologischen (Selbst-)Reflexion demokratischer Gesellschaften.

Literatur

- Arendt, Hannah 1993: Was ist Politik? München: Piper.
- Arendt, Hannah 2013 [1951]: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft. München: Piper.
- Arendt, Hannah 2016 [1969]: Wahrheit und Politik. In Hannah Arendt, Zwischen Vergangenheit und Zukunft. Übungen im politischen Denken I. München: Piper, 327–370.
- Bækken, Håvard 2019: Law and Power in Russia: Making Sense of Quasi-Legal Practices. London: Routledge.
- Frankenberg, Günter 2020: Autoritarismus. Verfassungstheoretische Perspektiven. Berlin: Suhrkamp.
- Greene, Samuel A. 2014: Moscow in Movement. Power and Opposition in Putin's Russia. Stanford: Stanford University Press.
- Greven, Michael Th. 1999: Die politische Gesellschaft. Kontingenz und Dezision als Probleme des Regierens und der Demokratie. Opladen: Leske + Budrich.

- Gudkov, Lev 2017a [2008]: Staat ohne Gesellschaft. Zur autoritären Herrschaftstechnologie in Russland. In Manfred Sapper / Volker Weichsel (Hg.), Lev Gudkov: Wahres Denken. Analysen, Diagnosen, Interventionen. Berlin: Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde, 237–254.
- Gudkov, Lev 2017b: Der Sowjetmensch. Genese und Reproduktion eines anthropologischen Typus. In Manfred Sapper / Volker Weichsel (Hg.), Lev Gudkov: Wahres Denken. Analysen, Diagnosen, Interventionen. Berlin: Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde, 7–34.
- Gudkov, Lev 2017c [2013]: Fatale Kontinuitäten. Vom sowjetischen Totalitarismus zu Putins Autoritarismus. In Manfred Sapper / Volker Weichsel (Hg.), Lev Gudkov: Wahres Denken. Analysen, Diagnosen, Interventionen. Berlin: Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde, 167–184.
- Gudkov, Lev 2017d [2012]: Sozialkapital und Werteorientierung. Moderne, Prämoderne und Antimoderne in Russland. In Manfred Sapper / Volker Weichsel (Hg.), Lev Gudkov: Wahres Denken. Analysen, Diagnosen, Interventionen. Berlin: Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde, 35–74.
- Heinrich-Böll-Stiftung 2017: Delaj Sam/a: Praktiki nizovyh graždanskih iniciativ, Moskau: Pero.
- Lefort, Claude 1990: The Political Forms of Modern Society. Bureaucracy, Democracy, Totalitarianism. Cambridge: MIT Press.
- Luhmann, Niklas 2000 [1968]: Vertrauen. Stuttgart: Lucius & Lucius.
- Moser, Evelyn 2018: Aktivistische Attacke. Nawalny, Putin und die Möglichkeit politischer Gegnerschaft in einer modernen Autokratie. *Leviathan*, 46. Jg., Heft 3, 355–378.
- Moser, Evelyn / Skripchenko, Anna 2018: Russian NGOs and their struggle for legitimacy in the face of the ›Foreign Agents‹ law: Surviving in small ecologies. *Europe-Asia Studies*, vol. 70, no. 4, 591–614.
- Ochotin, Grigorij 2015: Agentenjagd. Die Kampagne gegen NGOs in Russland. *Osteuropa*, 65. Jg., Heft 1–2, 83–94.
- Putin, Wladimir 2021: Über die historische Einheit der Russen und der Ukrainer. Übersetzt von Andrea Huterer. *Osteuropa*, 71. Jg., Heft 7, 51–66.
- Putin, Wladimir 2022: Rede an die Nation vom 21. Februar 2022. Übersetzt von Volker Weichsel. <https://zeitschrift-osteuropa.de/blog/putin-rede-21.2.2022/>. Letzter Aufruf am 3. August 2023.
- Rose, Richard 2000: Uses of social capital in Russia: modern, pre-modern, and anti-modern. *Post-Soviet Affairs*, vol. 16., no. 1, 33–57.
- Sapper, Manfred / Weichsel, Volker (Hg.) 2017: Lev Gudkov: Wahres Denken. Analysen, Diagnosen, Interventionen. Berlin: Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde.
- Schmid, Ulrich 2015: Technologien der Seele. Vom Verfertigen der Wahrheit in der russischen Gegenwartskultur. Berlin: Suhrkamp.

- Schor-Tschudnowskaja, Anna 2023: Putins Fiktionen sind Gesetz: »Wahr« ist in Russland nur noch, was der Staat verordnet. Neue Zürcher Zeitung, 26. April 2023. <https://www.nzz.ch/feuilleton/system-putin-wer-dagegen-ist-kann-nur-ein-luegner-sein-ld.1734317>. Letzter Aufruf am 1. Juni 2023.
- Schor-Tschudnowskaja, Anna / Benetka, Gerhard 2021: Post-Wahrheit. Über Herkunft und Bedeutung eines modisch gewordenen Begriffs. Berlin: Neofelis.
- Talanova, Dar'ja 2022: »Blut tropft aus den Ranzen«. Patriotismuserziehung an Russlands Schulen. Osteuropa, 72. Jg., Heft 12, 115–126.
- Zdravomyslova, Elena 2023: Public'naja sociologija pereživaet travmatičeskiju asfikciju. <https://cisrus.org/ru/2023/04/26/public-sociology-rus/>. Letzter Aufruf am 1. Juni 2023.
- Zhel'nina, Anna 2021: Urbaner Aktivismus in Russland: »gewöhnliche« Bürger:innen, erfahrene Aktivist:innen und Gründe für vorsichtigen Optimismus. Russland-Analysen 399 vom 9. März 2021, 9–12.
- Zubarevič, Natal'ja 2012: Russlands Parallelwelten. Dynamische Zentren, stagnierende Peripherie. Osteuropa, 62. Jg., Heft 6–8, 263–278.

What is Ukraine a case of?

Zum Mehrwert und vielleicht zur Zukunft
einer Osteuropa-(sensiblen) Soziologie

Susann Worschech

Einleitung

Ein weißer Fleck auf den europäischen *mental maps* ist die Ukraine nach 20 Monaten des russischen Angriffskrieges gegen das gesamte Land gewiss nicht mehr. Unter diesem Begriff – »Weißer Fleck« – beklagte der Politikwissenschaftler Andreas Umland in einem Aufsatz aus dem Jahr 2012 die »geringe Aufmerksamkeit für die Ukraine in der deutschen Öffentlichkeit«, die »nicht ohne Folgen für die deutsche Außenpolitik bleiben [kann]. Dies ist riskant, da Kiew eine geopolitische Schlüsselfunktion im postkommunistischen Osteuropa hat« (Umland 2012: 127). Dass diese vorausschauende Annahme sich behauptet hat, ist ebenso klar wie die gestiegene Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit – zum Teil allerdings mit massiv verzerrten Bildern und Annahmen, die bisweilen über die Geschichte und gesellschaft-

lichen Dynamiken in der Ukraine, aber auch in Russland, Belarus, Polen wenig informiert sind; nicht zu schweigen von Moldau oder Georgien. Aus dem »Weißen Fleck« ist daher allenfalls ein grauer Fleck geworden: Umriss und aktuelle Geschehnisse in der Ukraine sind im öffentlichen wie akademischen Raum bekannt; die historischen wie sozialen Hintergründe, Verflechtungen, Entwicklungen und Konstellationen sind es dagegen weit weniger. Keine Monographie zur politischen Soziologie der Ukraine oder Osteuropas beschreibt Elitendynamiken seit der Unabhängigkeit, Genderarrangements, die Herausbildung religiöser Märkte oder des Bildungssystems. Ein vertieftes, systematisierendes Verständnis für die vielschichtigen gesellschaftlichen Prozesse, welche osteuropäische Gesellschaften insbesondere in den letzten drei Dekaden durchlaufen haben, konnte sich bislang nicht herausbilden. Dass die Sozialwissenschaften und insbesondere die Soziologie hieraus weder Auftrag noch Ansporn zu ambitionierter Forschung abgeleitet haben, und Osteuropaforschung – wenn sie denn stattfand – auch in den drei Jahrzehnten seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion meist unter der Prämisse des »Postsowjetischen Raums« stattfand, haben wir im ersten Teil dieses Symposions beschrieben und kritisiert (Korablyova et al. 2023).

Zugleich wurde sowohl im ersten als auch im vorliegenden zweiten Teil des Symposions deutlich, dass die Verflechtungsgeschichte und -gegenwart der osteuropäischen Gesellschaften großes Potenzial für sozialwissenschaftliche Analyse und Theoriebildung bieten. Soziologinnen und Soziologen haben guten Grund, sich intensiver mit gesellschaftlichen Dynamiken Osteuropas zu beschäftigen – nicht unbedingt aus politischen Erwägungen oder (unbestrittenen) Notwendigkeiten heraus, und sicher nicht aus einem postkolonial zu verortenden schlechten Gewissen heraus, auch wenn beides seine normative Berechtigung hat. Vielmehr ist es an der Zeit, soziologische Forschung zur Ukraine und zum östlichen Europa unter der Leitfrage »What is this a case of?« (Ragin 1992: 6) zu intensivieren – und Vielfalt wie Komplexität gesellschaftlicher Dynamiken in unabgeschlossenen, perpetuierenden Transformationen zu betrachten.

Dafür liefert dieses zweiteilige Symposion erste Ansatzpunkte und Ideen, die ich in einer möglichen Forschungsperspektive einer noch zu etablierenden Osteuropa-Soziologie verdichten möchte. Zuvor jedoch stellt sich die durchaus pragmatisch verstandene Frage, welches Wissen zu Osteuropa seitens welcher Akteure eigentlich nachgefragt wird – welche Wissensbedarfe zu osteuropäischen Gesellschaften bestehen in der Öffentlichkeit, in der akademischen Welt, in Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft? Welche

Antworten sollte die Soziologie zu leisten im Stande sein? Auf diese Frage werde ich zunächst eingehen, bevor ich im abschließenden Teil eine Forschungsperspektive skizziere.

Wissensbedarfe zu Osteuropa – vom (Un-)Wissen über Nichtwissen

Spätestens seit Ulrich Becks Überlegungen zu Risikogesellschaft und der reflexiven Modernisierung ist der Stellenwert des systematischen, die Moderne begleitenden Nichtwissens in der Soziologie anerkannt. Bekanntes wie auch unbekanntes Nichtwissen und Nicht-Wissen-Können entstehen jedoch keinesfalls nur auf der Basis technologischer Entwicklungen und dem Wunsch nach Folgenabschätzung und Risikominimierung. Auch politische, soziale, ökonomische, identitätsbezogene, demographische oder kulturelle Prozesse sind transnational komplex, verbunden oder entkoppelt, und bergen unterschiedliche Arten von Risiko oder Gefährdung – auf je unterschiedlichen Ebenen und Skalen. Bei der Frage, welchen Wissensgewinn eine auf Osteuropa und auch spezifisch auf die Ukraine fokussierte Soziologie erbringen könnte oder sollte, geht es also einerseits um reflektiertes Nichtwissen – also das (noch) unbekannte Wissen, das es zu generieren gilt – und eventuell um Nicht-Wissen-Wollen. Andererseits gilt es, einen Umgang zu finden mit gewusstem wie auch nicht-gewusstem Nicht-Wissen-Können als »unbekanntes Unbekanntes«, das das größte Überraschungsmoment enthält und eine (ebenfalls sozial konstruierte) Nebenfolgenabschätzung verunmöglicht (Beck 2017: 230 f.). Das Wissen um Wissen und Nicht-Wissen konstruiert zudem Handlungsoptionen, indem erst durch Wissen Ereignisse eingeordnet werden können – zum Beispiel, um der Risikosoziologie zu folgen, als Gefahr und unter Einbeziehung (also Wissen) der Handlungsoptionen als Risiko (Luhmann 2003: 24 ff.). Insofern finden sich im Problem des mangelnden akademischen Wissens über Osteuropa und die Ukraine nicht nur das Wissen über Nichtwissen und Nicht-Wissen-Können sowie wahrscheinlich auch das Nicht-Wissen-Wollen (Beck 2017), sondern auch ein Nichtwissen über Nebenfolgen und damit eine Einschränkung von Handlungsräumen. Welches Wissen über Osteuropa könnte und sollte die Soziologie also beitragen?

Dieser Frage bin ich in einer Studie in einem Lehrforschungsprojekt im Wintersemester 2020/21 nachgegangen.¹ Basierend auf der Feststellung, dass gerade in den gesellschaftswissenschaftlichen Disziplinen die wissenschaftliche Osteuropa-Expertise in Forschung und Lehre ausgesprochen dürftig ist (Libman, Platzer 2021) und in Politik, Wirtschaft, Kultur und Medien zunehmend ›Orientierungswissen‹ über Osteuropa und die dort vorhandenen komplexen gesellschaftspolitischen, ökonomischen, kulturellen Zusammenhänge fehlt (Heinemann-Grüder 2020), stellte sich die Frage, welchen spezifischen Bedarf an Osteuropa-Wissen es gibt. Dafür wurden im Zeitraum Februar bis April 2021 qualitative Expert:innen-Interviews mit zehn Akteuren aus den Bereichen Wissenschaft, Politik, Medien, Wirtschaft, sowie Zivilgesellschaft/Kultur geführt, um das aus ihrer Perspektive relevante bekannte Nichtwissen zu erfragen. Zugleich fand eine standardisierte Online-Befragung zu Wissensbedarfen statt, an der per Schneeballverfahren 136 Organisationen aus den Bereichen Wissenschaft, Politik, Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Medien oder Kultur teilnahmen, die zum Thema Osteuropa arbeiten. Die Ergebnisse beider Befragungen sind nicht repräsentativ und spiegeln die politische Situation sowie die gesellschaftliche Debatte aus dem Jahr 2021, was natürlich mit Blick auf die damals beginnenden expliziten Kriegsvorbereitungen Russlands sowie die ein Jahr später gestartete Vollinvasion relevant ist – zugleich spiegeln die Ergebnisse aber, dass der Bedarf an gerade jenem Orientierungswissen groß ist, das über tages- (oder monats-) aktuelle Ereignisse hinausweist.

In den Expert:innen-Interviews wurde der Bedarf an Wissen als Orientierungswissen, Regionalexpertise, akademisches Wissen sowie spezifisch themenbezogenes Wissen operationalisiert. Unter den Befragten bestand die einhellige Meinung, dass der Abbau akademisch institutionalisierter Expertise zu Osteuropa – sprich: die drastische Reduktion von Lehrstühlen zu Osteuropa und die Schließung des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien (BIOst) – ein gravierender Fehler war, der erhebliche Wissenslücken entstehen ließ, die selbst durch die Gründung des sozialwissenschaftlich ausgerichteten Zentrums für Osteuropa- und Internationale Studien (ZOiS) im Jahr 2016 nicht voll kompensiert werden konnten. In der Folge entstand nicht nur ein Mangel an Expertise zu akuten Fragen und Problemen, sondern es konnte auch praktisch kein konjunktur- und

¹ Die vollständige Studie »Bedarfsanalyse zur Osteuropaforschung« wird in Kürze auf der Homepage der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde abrufbar sein. Alle Ergebnisse, Grafiken etc. sowie der gesamte Bericht können bei mir erfragt werden.

krisenunabhängiges Wissen mehr produziert werden – nicht zuletzt durch den Mangel an systematischen Strukturen der Lehre und akademischen Nachwuchsförderung. Dass Osteuropa mit dem Fall der Mauern und dem Zusammenbruch der Sowjetunion heterogener, fragiler und weniger berechenbar wurde, zugleich aber Forschung genau dazu nachließ, lässt sich im Nachhinein kaum nachvollziehen.

Zudem betonten die Befragten, dass der nachrichten- beziehungsweise konjunkturgetriebene Charakter regionaler Expertise durchaus ein Problem für die Forschung darstelle. Kurzzeitige Forschungsförderung zu einer Region ginge demzufolge zu Lasten der Expertise bezüglich anderer Regionen – langfristige Forschung sei so kaum möglich. Kontinuierliche Forschung nicht nur zu Regionen und Ländern, sondern auch grenzübergreifend (zum Beispiel Schwarzmeer-Region oder Bukowina) beziehungsweise subnational und damit transnational, transregional und translokal sei dringend nötig. Ein großer Teil der künftigen Forschung sollte sich – Stand Frühjahr 2021 – auf die Analyse geopolitischer Konstellationen und Machtdynamiken fokussieren und neben der Ukraine, deren Fragilität zu diesem Zeitpunkt bereits ebenso erkennbar war wie das »Störpotenzial Russlands im osteuropäischen Raum« (Zitat), die Entwicklung von Verflechtungsräumen betrachten: So wird eine stärkere Verschränkung der Osteuropa-, Nahost-, Türkei-forschung vorgeschlagen, zudem beispielsweise die Betrachtung der Meeresregionen (Schwarzmeerregion, östliches Mittelmeer, Kaspische Region).

Um von konjunkturellem zu grundlegendem und Orientierung bietendem Wissen zu gelangen, ist auch der disziplinäre Aspekt relevant. Politikwissenschaftliche Expertise zu Osteuropa wird demnach ohnehin dringend benötigt, aber gerade die Stärkung der Soziologie, Demographie, Anthropologie und Ethnologie mit Blick auf Osteuropa wird in den Interviews betont. Idealerweise interdisziplinär aufgestellt, könnte sich die Soziologie im Rahmen einer anwendungsorientierten Grundlagenforschung als genuine »Transformationswissenschaft« mit den anhaltenden Macht- und Transformationsdynamiken, mit Regionalstudien sowie mit Kultur und Kulturgeschichte in Osteuropa befassen. Diese Aspekte stellten auch den Schwerpunkt des Bedarfs an themenbezogenem Wissen dar: Machtkonstellationen und Eliten, Netzwerke und relevante Akteure, Integrationskonkurrenz, Energiepolitik, Migration und internationale Zusammenarbeit, aber auch interne Dynamiken wurden als dringende Themen genannt. Die Ukraine wurde zum Zeitpunkt der Interviews unter sicherheitspolitischen, aber auch innenpolitischen Aspekten als künftige Fokusregion für Forschung und Wissenstransfer

genannt. Diese und weitere in den Interviews genannten Themenbereiche² können nicht spontan und »nachrichten- und konjunkturgetrieben« bearbeitet werden, sondern solche Wissensbestände sind langfristig aufzubauen.

In der Online-Befragung wurden weitere spezifische Wissensbedarfe erhoben, die vorab kategorisiert wurden. Neben dem Stellenwert spezifisch disziplinären Wissens wurde ebenso eine Einschätzung zum Bedarf an Sprachkompetenzen, Wissen über politische Zusammenhänge, Landeskunde und »lebensweltlichem Wissen« erhoben. Unter lebensweltlichem Wissen verstehen wir in der Studie jenes Alltagswissen im Sinne der sozialkonstruktivistischen Wissenssoziologie nach Berger und Luckmann, nach der alltägliche Erfahrungen durch Sprache externalisiert werden, dadurch in den gesellschaftlichen Wissensbestand übergehen und damit allgemein verfügbar werden, womit sie gesellschaftlichen Sozialisationsprozessen wieder zur Verfügung stehen. Dazu zählt Wissen über Lebensstile und Habitus, über Alltagsleben und Informelles – kurz, darüber, wie eine Gesellschaft »tickt« und welche ungeschriebenen Regeln gelten.

In der Gewichtung aller vier Wissensarten: Sprache, politische Zusammenhänge, Landeskunde und lebensweltliches Wissen liegt das Wissen über politische Zusammenhänge mit insgesamt 190 Nennungen in der Mehrfachantworten-Matrix deutlich vorn, gefolgt von Sprachkompetenzen (155 Nennungen) und Landeskunde sowie lebensweltlichem Wissen mit ähnlichen Werten von 119 beziehungsweise 113 Nennungen. In allen vier erfragten Wissensbereichen war der Bedarf in Bezug auf die Region »Osteuropa im engeren Sinne – Belarus, Russland, Ukraine« deutlich am größten. Dies zeigt sich vor allem in den Bereichen Sprachen und politisches Wissen: Hier wurde diese Region 48 mal (politisches Wissen) und 38 mal (Sprachkompetenz) genannt; was eigentlich überrascht, da Russisch an deutschen Hochschulen großflächig und unter den slawischen Sprachen auch am häufigsten gelehrt wird. Insofern könnten diese Antworten entweder auf den Mangel an ukrainischen und belarusischen Sprachlernangeboten hinweisen, oder darauf, dass es trotz teilweise gut ausgebauter Fremdsprachenangebote immer noch zu wenige Studierende beziehungsweise später Mitarbeitende gibt, die diese Sprachkompetenzen erfolgreich erworben haben. Aber auch in den Bereichen Landeskunde (26 Nennungen) und lebensweltliches Wissen (23 Nennungen, hier gleichauf mit dem Kaukasus) ist der Bedarf für die Region Belarus/Russland/Ukraine am größten.

² Darunter Kulturaußenpolitik, Erinnerungspolitik und Identität; Völkerrecht und rechtssoziologische Fragen, Informalität und Demokratie, Compliance und vieles mehr.

Dass die Nachfrage nach landeskundlichem und lebensweltlichem Wissen zudem stark in Bezug auf den Kaukasus und Zentralasien fokussiert ist, weist darauf hin, dass die Ukraine bei Weitem nicht der einzige blinde Fleck in Bezug auf Osteuropa ist. Die Wissensdefizite zur Region Belarus/Russland/Ukraine werden insbesondere von Akteuren aus der Wissenschaft selbst und der Zivilgesellschaft thematisiert, gefolgt von politischen Akteuren. Medien- und Wirtschaftsakteure sind hingegen deutlich seltener mit Wissensdefiziten zu dieser Region konfrontiert, was sich mit einer Aussage aus den qualitativen Expert:innen-Interviews deckt, nach der die Korrespondent:innen- und Aktivist:innen-Netzwerke in Belarus, Russland und der Ukraine gut ausgebaut sind (beziehungsweise waren – Stand 2021). Defizite für Medien und Zivilgesellschaft werden hier eher zu den Regionen Kaukasus und Zentralasien genannt.

Die Tatsache, dass alle Wissensarten auch sehr stark von Akteuren aus der Wissenschaft selbst nachgefragt werden, passt dazu, dass an anderer Stelle im Fragebogen insgesamt 63% der Befragten angeben, Probleme bei der Rekrutierung gut ausgebildeter Mitarbeiter:innen zu haben. Auch hier berichten Akteure aus den Bereichen Wissenschaft und Forschung von Schwierigkeiten, die Politik- und Sozialwissenschaften stehen dabei sogar an der Spitze der disziplinären Einstellungssorgen, was natürlich die Frage aufwirft, inwiefern sich der akademische Betrieb hier selbst in der Ausbildungsverantwortung sieht oder eben nicht. Hinsichtlich des Bedarfs an disziplinär-akademischem Wissen sind Politik- und Sozialwissenschaften ebenfalls am häufigsten genannt: Auf die Frage, mit welchem Fachwissen die Befragten besser auf ein bestimmtes osteuropaspezifisches Ereignis³ vorbereitet gewesen wären, wurden Politik- und Sozialwissenschaften mit großem Abstand und 32% an erster Stelle genannt. Gleiches gilt für die Relevanz der einzelnen Disziplinen: Die Frage »Aus welchen Disziplinen beziehen Sie das für Ihre Arbeit relevante Wissen?« wurde 56 mal zu Gunsten der Politik- und Sozialwissenschaften beantwortet, gefolgt von Geschichtswissenschaften (52 Nennungen), Kulturwissenschaften (42), an vierter Stelle Sprach- und Literaturwissenschaften (32), dann Wirtschaftswissenschaften (17), Rechtswissenschaften (15), sowie Geographie und Agrarwissenschaften (7). Dies zeigt, dass den Politik- und Sozialwissenschaften eine hohe Relevanz und Kompetenz für die Bereitstellung von osteuropaspezifischem Wissen zuerkannt wird – ob gerade die Soziologie dieser Kompetenzzuschreibung derzeit wirklich entsprechen kann, darf allerdings bezweifelt werden.

3 Wie zum Beispiel die Proteste in Belarus 2020.

Wie lassen sich diese Antworten mit Blick auf die Rolle der Soziologie in der Osteuropaforschung und die Rolle Osteuropas in der Soziologie verstehen? Zunächst kann festgehalten werden, dass Forschungsinstitute und Universitäten durchaus wichtige Informationsquellen selbst für die grundsätzlich gut informierten Organisationen darstellen, die an der Befragung teilgenommen haben – auch hierzu liegen vergleichende Daten vor. Auffällig ist allerdings die Diskrepanz zwischen der Bedeutung außeruniversitärer Forschungseinrichtungen und jener, die Hochschulen beigemessen wird, die laut der Befragung weder ausreichend Forschung bereitstellen noch einen angemessenen Wissenstransfer leisten.

Thematisch könnte die Soziologie präsenter und gefragter kaum sein. Machtdynamiken und Netzwerke, Identitätsfragen, Religion und Erinnerungskultur, Demographie und Migration, internationale Integration auch im Sinne transnationaler sozialer Praktiken sind genuin soziologische Themen, die idealerweise in Verbindung mit sprach-, landeskundlichen und lebensweltlichen Kenntnissen analysiert werden könnten. Dass in der Bedarfsanalyse im Wesentlichen empirische Wissensbedarfe und praktisch keine theoriebildenden Bedarfe genannt werden, überrascht angesichts des Samples nicht – aber um in den genannten empirischen Themen ein großes Potenzial für die soziologische Theorieentwicklung zu sehen, dazu bedarf es keiner besonderen soziologischen Fantasie.

So spiegelt die Befragung, dass akademisches Wissen geschätzt wird, aber politisches, lebensweltliches, landeskundliches und sprachenbezogenes Wissen einen Wert an sich darstellt. Hinsichtlich der praktischen Anwendbarkeit von Expertise spielt jenes Wissen eine große Rolle, das erst durch Erfahrung, Auslandsaufenthalte und langjährige Beschäftigung mit einem Land oder einer Region akkumuliert werden kann. Die Einschätzung dessen, »wie eine Gesellschaft tickt, erscheint damit im Osteuropa-bezogenen Berufsalltag gleichermaßen relevant wie das lehr- und erlernbare Fachwissen.

Insgesamt zeigt die Studie, dass gerade den Sozialwissenschaften eine wichtige Rolle beim langfristigen Wissensaufbau und auch beim erfolgreichen Transfer zugesprochen wird – tatsächlich füllt die Soziologie diese Rolle aber nicht aus. Weder disziplinäres Wissen im engeren Sinne noch soziologisch informiertes, reflektierendes lebensweltliches Wissen, das zum Beispiel durch Netzwerke, Austausch, Forschungsaufenthalte aufgebaut werden könnte, steht in dem Maße bereit, in dem es Akteure aus dem Osteuropa-Bereich von der Soziologie erwarten oder mindestens wünschen. Von der Förderung entsprechend ausgebildeter Nachwuchswissenschaftler:innen

und potenzieller Mitarbeiter:innen in Politik, Institutionen, NGOs etc., die zusätzlich über Sprach- und politische Kenntnisse zu Osteuropa verfügen, ist die Soziologie⁴ weit entfernt. Dass gerade der Soziologie als genuiner Gesellschafts- und auch Transformationswissenschaft hier eine besondere Verantwortung zukommt, lässt folgendes Zitat aus dem Bereich offener Antwortmöglichkeiten im Fragebogen vermuten:

»Im westlichen Europa sind die Vorgänge im östlichen Europa noch immer nicht richtig angekommen. Die Veränderung der kognitiven und mentalen Landkarte in den Köpfen ist eine Frage von Generationendauer. Man muss neue Erfahrungen sammeln – besonders in so erfahrungsarmen Generationen wie in Deutschland nach 1945 bis heute.«⁵

Mit welcher Perspektive der hier formulierte Forschungs- und Bildungsauftrag in der Soziologie umgesetzt werden könnte, diskutiere ich im nächsten Abschnitt.

Eine Forschungsperspektive: Ambivalenz

In den beiden Ausgaben des Osteuropa-Symposiums haben die Autor:innen engagiert dafür geworben, den blinden Fleck Ukraine und Osteuropa in der Soziologie zu adressieren, seine Ursachen zu verstehen und ihm analytisches Hinschauen entgegenzusetzen. Dabei wurde deutlich: Allein in empirischer Hinsicht bietet sich mit einer »Osteuropa-Soziologie«⁶ ein umfangreiches, komplexes und höchst relevantes Forschungsfeld an. Welchen theoretischen Gewinn könnte die Soziologie jenseits der Stärkung ihrer spezifisch regionalen und transnationalen Kompetenz erwarten?

Allein in der Themensammlung dieses Symposiums gibt es zahlreiche Aspekte, die sich zunächst als unterschiedliche Ausprägungen übergreifender Phänomene verstehen lassen. So steht beispielsweise die Beschreibung der (zivil-)gesellschaftlichen Mobilisierung und *agency*, wie sie Valeria Korablyova am Beispiel der ukrainischen Protestgesellschaft beschreibt, als Phänomen im Gegensatz zur gesellschaftlichen Demobilisierung in Russland als Teil des modernen Totalitarismus in Evelyn Mosers Text. Beide verweisen

4 Und leider auch die meisten anderen relevanten Disziplinen.

5 Variable DW05_01; 95; Quelle: Fragebogen Bedarfsanalyse Osteuropaforschung; Daten können von mir zur Verfügung gestellt werden.

6 Die so nicht genannt werden sollte – einen Namen zu finden, der nicht koloniale Sprachpraktiken reifiziert, wäre eine erste Aufgabe dieser zu begründenden Forschungsrichtung.

jedoch auf Dynamiken von Herrschaftsmustern und der Herstellung von deren Gültigkeit – national, aber auch im wechselseitigen transnationalen Prozess. Nicht zuletzt der russische Krieg gegen die Ukraine, der ja im März 2014 in Reaktion auf die Revolution der Würde begonnen hat, spiegelt die transnationale Interdependenz von gesellschaftlicher *agency* und totalitärer Herrschaft.

Ein weiterer Aspekt ist die Frage, auf welche Weise sozialer Wandel in Osteuropa stattfindet. Mit Verweis auf den in den 1990er und 2000er Jahren häufig teleologisch verwendeten Begriff der Transformation, der das Augenmerk mehr auf eine kaum definierte Zielmarke der Transformation denn auf die tatsächlichen Wandlungsprozesse, (De-)Institutionalisierungen und neuen Narrative legte, stellt Andreas Langenohl das Konzept des radikalen, nicht-inkrementellen sozialen Wandels vor. Dieses steht gewissermaßen im Gegensatz zu jenen durchaus als inkrementelle Entwicklung interpretierbaren Mustern der öffentlichen Meinung zu Genderfragen in der Ukraine, die – empirisch und singular betrachtet – genau jene Linearität und Homogenisierung spiegeln, die der 90er-Jahre-Transformationsforschung vorgeworfen wird, aber zugleich durch eine massive Krise beeinflusst sind. Insofern kann man argumentieren, dass die spezifischen Wandlungsprozesse in Ost- und vermutlich auch im weiteren Europa aus einer Parallelität inkrementeller und abrupt, brüchiger Wandlungsprozesse bestehen.

Beide Aspekte – die ständige Neu-Aushandlung von Herrschaftsmustern und -logiken und die unterschiedlichen Wandlungsprozesse – sind mit der Rekonfiguration und eventuell Dekonstruktion komplementärer Rollen in (post-)modernen Gesellschaften verbunden, die die funktionale Differenzierung eigentlich aufrechterhalten. Die Neuaushandlung solcher Rollen (wie zum Beispiel Regierung und Regierte) und damit verbunden der normativ gültigen Grundlagen funktionaler Differenzierung stellt aber zugleich einen Moment höchster Fragilität dar, da bisher gültigen und mithin überkommenen affektiven Bindungen von Teilen der Gesellschaft an bisherige soziale Ordnungen abrupt der Boden entzogen wird – eventuell ohne dass neue Affiliationsangebote oder Ordnungen schon Gültigkeit hätten. Helmut Dubiel hat solche Konstellationen einst als »populistischen Moment« bezeichnet (1986: 47). Tatsächlich können gesellschaftliche Entfremdung, Polarisierung und populistische Bewegungen insbesondere in Situationen entstehen, in denen normative Erwartungen an politische oder gesellschaftliche Entwicklungen und pragmatische Umsetzbarkeit eine sichtbare Diskrepanz bilden. Margret Cano-

van (1999) hat in diesem Sinne gerade der Demokratisierung ein hohes Populismuspotenzial zugeschrieben. Die Herstellung von Ordnung im Sinne funktionaler Differenzierung von Systemen ist damit zugleich die Herstellung von Unordnung, wenn über Differenzierung und deren normative/legitimatorische/rechtliche/interpretative Grundlage zunehmend Dissens besteht und im radikalen sozialen Wandel auch bestehen muss.

Wenn es demzufolge auch nur noch eingeschränkt zutrifft, dass Nationalstaatlichkeit zumal in Europa nach innen universalistisch organisiert ist und Differenzierung aufrechterhält beziehungsweise inkrementell verändert, wie agiert der Nationalstaat dann nach außen? Gerade in Europa ist eine deutliche Gleichzeitigkeit von Integration und Desintegration zu beobachten. Der (linear, teleologisch konzipierte) Integrationsprozess der EU-Europäisierung bewirkt Desintegrationsprozesse, wie der Brexit, aber auch die Entwicklung von Rechtsstaatlichkeit in Polen und Ungarn zeigen. Zugleich bewirkt (forcierte) Desintegration, wie sie Russland durch den Krieg seit 2014 und zuvor durch gezielte Abhängigkeit der Ukraine vorgeben wollte, Integration – die EU-Beitrittsperspektive und die Isomorphie der Ukraine bezüglich der rechtlichen, politischen und gesellschaftlichen Selbstverständnisse der EU wären ohne das Destruktionspotenzial Russlands wohl weniger dynamisch vorangeschritten. Hier spiegelt sich zudem die von Klaus Schlichte und Valeria Korablyova aufgeworfene Frage nach dem Verhältnis von Zentrum und Peripherie – sei es in Europa oder in der Weltgesellschaft. Die Narrative Europas entstehen derzeit in der europäischen ›Peripherie‹; die Brüche der Moderne und Postmoderne werden in der Peripherie der Weltgesellschaft sichtbar und stellen zugleich die dualistische Konzeption von Zentrum und Peripherie in Frage.

Aus diesen Überlegungen lässt sich schließen, dass gerade im östlichen Europa soziale Prozesse stattfinden, die als eine Gleichzeitigkeit des Gegensätzlichen konzipiert werden können: Differenzierung und Ent-Differenzierung; Integration und Desintegration; Peripherisierung und Zentralisierung, und die Liste ließe sich vermutlich erweitern. Diese widersprüchlichen Prozesse bilden kein Kontinuum, sondern sind parallel und in vielen Fällen sogar interdependent, wie das Beispiel der ukrainischen (Des-)Integrationsgeschichte zeigt. Ein Begriff, der diese Gleichzeitigkeit und Interdependenz des Gegensätzlichen fassen kann, ist Ambivalenz. Um Europa in all seiner Dynamik und Widersprüchlichkeit als totales soziales Phänomen zu verstehen, wie ich im ersten Teil des Symposions vorgeschlagen habe, könnte Ambivalenz ein hilfreiches Konzept sein.

Eine ambivalenztheoretische Perspektive auf sozialen Wandel in Europa betont gerade die Nicht-Linearität, die Komplexität und die Relevanz von Krisen und Brüchen für soziale Prozesse. Mit Bezug auf den (ohnehin begrifflich umstrittenen) Prozess der Europäisierung kann Ambivalenz als eigentlicher Kern gesellschaftlicher Strukturierung in interpretativer, räumlicher und praxistheoretischer Dimensionen konzipiert werden (Beichelt et al. 2021).⁷ In Anlehnung an den Ambivalenzbegriff Baumans lässt sich dieser zunächst als Unordnung produzierender Versuch der Produktion von Ordnung verstehen. Bezogen auf transnationalen gesellschaftlichen Wandel in Europa und mithin auf Europäisierung bedeutet das, Ambivalenz als dessen Kern zu betrachten: Das Einheitlichkeitspostulat von »Europa« oder dem »post-sowjetischen Raum« bewirkte gerade Differenzierung. Raumkonzeptionen Europas unterliegen gegensätzlichen Interpretationsmustern.⁸ In transnationalen Interaktionen finden sich gegenläufige Prozesse von Angleichung und Differenzierung, wie die Herausbildung von Komplementärrollenmustern zeigt: Die Akzeptanz von neuen Genderarrangements im ukrainischen Militär dürfte höher liegen als in manchem EU-Land, was als Differenzierung durch Angleichung (an vermeintlich bestehende Genderkonzeptionen?) verstanden werden kann.

Europäisierung basiert in diesem Verständnis gerade nicht auf Linearität und Teleologie, sondern bezieht Widersprüche, Krisen und ihre Verschränkungen analytisch-konzeptuell mit ein. Gesellschaftliche Entwicklungen in (Ost-)Europa sind multidirektional, mehrdimensional und potenziell gegensätzlich sowie krisenbezogen (Worschech 2021). Die Gleichzeitigkeit dieser gegenläufigen Prozesse von Vergesellschaftung und die daraus entstehende Ambivalenz können als Kern einer zeitgemäßen Transformationstheorie entwickelt werden, die das Hier und Jetzt von Brüchen und Interdependenzen betrachtet, statt Diskrepanzen zu einer vermeintlichen Zielvorstellung zu formulieren (Jajeśniak-Quast et al. 2022). Das »totale soziale Phänomen« Europa könnte somit verstanden werden als eine Vielzahl von miteinander verschränkten Prozessen der Differenzierung und Rekonfiguration von Rollen, Zugehörigkeiten und Narrativen von der lokalen/translokalen bis hin zur nationalen/transnationalen Ebene. Dies betrifft Nationsbildung und

⁷ Diese Idee wurde im interdisziplinären Projekt »Ambivalenzen der Europäisierung« an der Europa-Universität Viadrina ausführlich erörtert; in diesem Lichte ist auch die genannte Publikation im Franz Steiner Verlag als Vorschlag zu einer noch auszubauenden Ambivalenztheorie zu sehen.

⁸ Wie das Beispiel der polnischen migrationspolitischen Praktiken in den letzten Jahren deutlich zeigte.

transnationale Interaktion, gesellschaftliche Integration und Polarisierung, progressive und zugleich konservative Zugehörigkeits- und abstrakte Vertrauensmuster, und schließlich auch die Frage von Krieg und Frieden – Frieden durch Verteidigung in Europa. Die Gleichzeitigkeit von Gegensätzen und Interdependenz ist dabei das zentrale vereinheitlichende Moment. Der Krisen- und Transformationswissenschaft Soziologie würde die bewusste Hinwendung zu ambivalenztheoretischen Perspektiven auf Europa gut stehen, die ohne den gezielten konzeptionellen wie empirischen Einbezug osteuropäischer gesellschaftlicher Dynamiken nicht denkbar ist.

Literatur

- Beck, Ulrich 2017: Weltrisikogesellschaft. Auf der Suche nach der verlorenen Sicherheit. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Beichelt, Timm / Frysztacka, Clara M. / Weber, Claudia / Worschech, Susann (Hg.) 2021: Ambivalenzen der Europäisierung. Stuttgart: Franz Steiner Verlag.
- Canovan, Margaret 1999: Trust the People! Populism and the Two Faces of Democracy. *Political Studies*, vol. 47, no. 1, 2–16.
- Dubiel, Helmut 1986: Das Gespenst des Populismus. In Helmut Dubiel (Hg.), *Populismus und Aufklärung*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 33–50.
- Heinemann-Grüder, Andreas 2020: Zukunftsforschung Osteuropa: Orientierungswissen statt Accessoire der Politik. *Osteuropa*, 70. Jg., Heft 1/2, 165–178.
- Jajeśniak-Quast, Dagmara / Kirchhoff, Lars / Wilke, René / Worschech, Susann 2022: Wandel, Ambivalenz und Resilienz. *Zusammendenken von Transformations- und Konfliktforschung im Lichte der Fallstudie Frankfurt (Oder)/Slubice*. *Konfliktdynamik*, 11. Jg., Heft 2, 82–96.
- Korablyova, Valeria / Langenohl, Andreas / Worschech, Susann 2023: Symposium Soziologische Perspektiven zu Osteuropa, Teil 1. *SOZIOLOGIE*, 52. Jg., Heft 3, 302–329.
- Libman, Alexander / Platzer, Niklas 2021: Geschichte, Slawistik und der Rest. *Osteuropaforschung in Deutschland*. *Osteuropa*, 71. Jg., Heft 7, 133–153.
- Luhmann, Niklas 2003: *Soziologie des Risikos*. Berlin, New York: De Gruyter.
- Ragin, Charles C. 1992: Introduction: Cases of »What is a case?« In Charles C. Ragin / Howard S. Becker (eds.), *What Is a Case? Exploring the Foundations of Social Inquiry*. Cambridge: Cambridge University Press, 1–17.
- Umland, Andreas 2012: Weißer Fleck. Die Ukraine in der deutschen Öffentlichkeit. *Osteuropa*, 62. Jg., Heft 9, 127–133.
- Worschech, Susann 2021: Conclusio. Der Mehrwert der Ambivalenz. In Timm Beichelt / Clara M. Frysztacka / Claudia Weber / Susann Worschech (Hg.), *Ambivalenzen der Europäisierung*. Stuttgart: Franz Steiner Verlag, 271–280.